

DIE ROLLE SIEBENBÜRGENS UND DER NATIONALITÄTEN GELEGENTLICH DER WAHLEN VOM JAHRE 1869 UND IN DER ALLGEMEINEN DEBATTE ÜBER DAS WAHLRECHT IM JAHRE 1872

von

ANDRÁS GERŐ

Hinsichtlich der Bedeutung der Parlamentswahlen vom Jahre 1869 kam in niemandem ein Zweifel auf. Anlässlich der ersten Wahlen nach Schöpfung des Ausgleichwerkes mussten die Ausgleichler den Beweis dessen erbringen, dass die Mehrheit der Nation — nunmehr im Bewusstsein der konkreten Formen des Ausgleichs — ihre Politik gutheißt. Sie hofften freie Hand zur Beschleunigung der Konsolidierung des Ausgleichs, zur Schaffung jener konkreten Gesetze, die die Aufrechterhaltung des System auch im weiteren gewährleisten, zu erhalten. Auch die Opposition war an dem Ausgang der Wahlen nicht weniger interessiert, wahr doch ihr Programm nunmehr schon allgemein bekannt, und es bot sich die Gelegenheit dazu, das dualistische System noch vor dessen dauernder Stabilisierung zu ändern.

Eben darum war die Vorbereitung — im Gegensatz zu den späteren Wahlen — seitens beider Parteien ungemein bewusst, sie war nicht sich nur auf eine Kampagne beschränkender Prozess, und begann eigentlich schon im Jahre 1867. Ohne hier jetzt diesbezüglich auf Einzelheiten einzugehen, können wir feststellen, dass die Regierungspropaganda die Opposition — und dies bezog sich sowohl auf die linke Mitte, die Partei Kálmán Tiszas wie auch auf die äusserste Linke, die 48er Opposition — als ein unpatriotisches, anarchistisches, antiliberales, die Reformen behinderndes, korruptes Gebilde hingestellt hat. Den emigranten Kossuth, der sich dem Ausgleich am schärfsten widersetzt hat, bezeichneten sie wegen seines Plans einer Donaukonföderation mit edler Schlichtheit als einen Agenten der zaristischen Macht, im besseren Fall als einen naiven Träumer.¹ Es ist um vieles schwerer jenes Element der Wahlpropaganda der Regierung zu finden, das nicht die Opposition angreift, als das ein positives Programm bietendes. Wenn wir die Äusserungen der prominenten Vertreter des Systems, die von Deák oder vom Grafen Gyula Andrassy betrachten, können wir in diesen keinerlei konkretes Reformprogramm entdecken².

Die Opposition wünscht gegenüber der Regierungspolitik einheitlich aufzutreten, obwohl zwischen der linken Mitte und der äussersten Linken namhafte Auffassungsdifferenzen bestehen. Am 17. Januar 1869 wird in Pest eine Landeskongress der Linken abgehalten, an der sie sich in der

Grundlage des gemeinsamen Auftretens — der Abweisung des Ausgleichs — einigen und ihrer Absicht Ausdruck verleihen, sich anlässlich der Wahlen gegenseitig zu unterstützen. Trotzdem kann von einer tatsächlichen Einheit keine Rede sein, bloss von einer Absicht und von einer sich auf lokaler Ebene realisierenden Zusammenarbeit³. Jedwede Koordination wirkt jedoch in Richtung des gemeinsamen Elements, der Betonung der nationalen Opposition⁴. Dies ist aber hinsichtlich einer Gewinnung der den Ausgleich zurückweisenden Nationalitäten offensichtlich ungünstig.

So abstossend auch die übermässige Betonung des nationalen Charakters zum Schaden der gesellschaftlichen Bestrebungen ist, schafft das gemeinsame Element — die Abweisung des gegebenen Systems — doch die Möglichkeit zur Ausgestaltung einer Zusammenarbeit. Die in den Forderungen eines Teils der Opposition — der äussersten Linken — anzutreffenden liberalen und demokratischen Ziele machen auch eine positive Angleichung möglich. Die zwischen den 16. und 28. Januar 1869 in Nagybecskerek veranstaltete serbische Versammlung fasste den Beschluss die Opposition zu unterstützen. Die ungarländischen Rumänen handeln in ähnlicher Weise, und es hatte den Anschein, dass in der Nationalversammlung schliesslich alle Nationalitäten vertreten sein werden. Eine der ziffernmässig grössten und politisch sehr wichtigen Gruppen, die Siebenbürger Rumänen wählen jedoch endlich doch die Passivität. Dies wurde in der am 7. und 8. März 1869 in Szerdahely abgehaltenen Konferenz beschlossen, dessen Ergebnis die Erklärung der Wähler von Szerdahely günstig widerspiegelt. In dieser wird das siebenbürgische Wahlrechtsgesetz vom Jahre 1848 aus dem Grund abgelehnt, weil es „die gerechten und lebenswichtigen Forderungen des rumänischen Volkes“ nicht gewährleistet. Im übrigen bevorzugt das Gesetz die Bevorrechteten.⁵ In der Begründung der rumänischen Passivität spielte die in zwei Richtungen wirkende Kritik des Wahlrechtsgesetzes — jene, die die Rumänen als Nationalität betrifft, und in Siebenbürgen, als eine die Bevorrechteten konkret unterstützende Lösung — eine grundlegende Rolle.

Für die Opposition, und besonders für die äusserste Linke bedeuteten sowohl die Pression der Regierungspolitik, als auch das sich in die Passivität wendende Auftreten der Rumänen einen schweren Nachteil. Auch die Mängel und der Kompromisscharakter des Gesetzesartikel V. vom Jahre 1848 kamen der Partei nicht zu Hilfe⁶. Und doch versuchte sie, unter Ausnutzung der sich aus den Mängeln des Gesetzes ergebenden Ungewissheit, den Kreis der Wahlberechtigten in jenen ortsbehördlichen Organisationen, auf die sie Einfluss hatte, auszuweiten,⁷ ferner kämpfte sie gegen die Regierungspolitik der Bestechungen und des Stimmenkaufes.

Die Wahlergebnisse

Die Beurteilung der Wahlberechtigung erfolgte schliesslich im Jahre 1869 strenger als in 1848⁸. Während 1848 von den 11,2 Millionen Einwohnern 7,1% (ungefähr 800tausend Personen) Wähler waren, waren es im Jahre 1869 von den 13,2 Millionen Einwohnern nur 6,8%, das heisst ca. 902tausend Personen. Es sei jedoch bemerkt, dass während der ganzen

Dauer des Dualismus unter Berücksichtigung der tatsächlich erfolgten Wahlen — und nicht der nur noch am Papier gültigen Modifizierungen — dies immer noch der höchste Prozentsatz war.

Im Jahre 1869 war die Verteilung des Rechtstitels aufgrund des G. A. V. v. J. 1848, der die Grundlage der Wahlberechtigung bildete, die folgende:

Aufgrund der Konskription vom Jahre 1869 konnten ihr Wahlrecht ausüben

| Rechtstitel | In Ungarn | In Siebenbürgen | Zusammen |
|---|------------------|------------------|----------|
| Grundbesitz | 532 896 = 67,2% | 14 495 = 13,1% | 547 391 |
| Handwerk | 46 032 = 5,9% | 3 699 = 3,3% | 49 731 |
| Industrie | 654 = 0,1% | 12 = 0,1% | 666 |
| Handel | 14 012 = 1,8% | 431 = 0,4% | 14 443 |
| Einkommen | 65 447 = 8,2% | 866 = 0,8% | 66 313 |
| Intelligenz | 39 455 = 4,9% | 1 421 = 1,3% | 40 876 |
| Altes Recht | 94 243 = 11,9% | 74 134 = 67,4% | 168 377 |
| (Hinsichtlich Siebenbürgen GA XII. 1791) | | | |
| Steuer | — — | 11 684 = 10,6% | 11 684 |
| Anzahl d. Herde | — — | 3 258 = 3,0% | 3 258 |
| Insgesamt | 792 739 = 100,0% | 110 000 = 100,0% | 902 739 |

(Keleti, K.: *Hazánk és népe* (Unsere Heimat und ihr Volk). Pest, 1871. S. 442; 1873, S. 491–492.)

Die Stimmenabgabe war öffentlich und erfolgte nach Wahlbezirken. In Siebenbürgen wurde die Wahl im Jahre 1869 (ja selbst auch 1872) nur zum Teil nach Wahlbezirken durchgeführt, dort war ja noch die Wahl „nach „szék“-en“ (siebenbürgische Verwaltungseinheit) gültig. Gleichzeitig waren noch nicht sämtliche Munizipien gebildet. Im Militärgrenzgebiet wurden keine Abgeordneten gewählt, da es damals noch unter Militärverwaltung stand. Die Einteilung der Wahlbezirke ermöglichte es, dass die einzelnen Territorien nach einer sehr unterschiedlichen Stimmenanzahl Abgeordnete entsenden konnten. Die Verteilung nach Grösse veranschaulicht folgende Tabelle.

Verteilung der Wahlbezirke nach deren Grösse in Ungarn und Siebenbürgen⁹

| Grösse des Wahlbezirks (Wähler) | Komitate? Bezirke bzw. sieben- bürgen | Gebiete, in Siebenbürgen „Szék“- en | Städte und Marktflecken | | Zusammen |
|------------------------------------|--|--|----------------------------|-------------------|----------|
| | Ungarn | Sieben- bürgen | Ungarn | Sieben- bürgen | |
| Unter 1000 | 5 | 15 | 10 | 16 | 46 |
| 1001–2000 | 62 | 12 | 37 | 1 | 112 |
| 2001–3000 | 126 | 7 | 8 | 1 | 142 |
| Über 3000 | 81 | 10 | 4 | — | 95 |
| Insgesamt: | 274 | 44 | 59 | 18 | 395 |

Während also auf Landesebene auf einen modalen Wahlbezirk 2001 — 3000 Wähler entfallen, liegt in Siebenbürgen der Modus bei einer Wählerzahl unter 1000. Dies bedeutet, dass Siebenbürgen mit einer höheren Zahl von Abgeordneten im Landtag vertreten ist wie Ungarn im engeren Sinn. Nach den Angaben von Károly Keleti entfällt in Ungarn ein Abgeordneter durchschnittlich auf 30 100 Einwohner und 2400 Wähler, während in Siebenbürgen auf 30 580 Einwohner und 1590 Wähler ein Abgeordneter entfällt. (1848 entfiel auf 27 500 bzw. 28 900 Seelen ein Abgeordneter.) Wenn wir die Komitate Ungarns im engeren Sinn betrachten, betragen die beiden Extremwerte 11 500 und 58 000. Hinsichtlich der Wahlbezirke liegt die Anzahl der Wahlberechtigten zwischen 300 und 4300¹⁰.

Die Bezirkseinteilung ist demnach sehr unverhältnismässig und es kann festgestellt werden, dass in den von Ungarn bewohnten Gebieten mehr Stimmen zur Gewinnung eines Mandats erforderlich sind als in den überwiegend von Nationalitäten bewohnten Gegenden.

All dies vorausgeschickt betrachten wir nun die Ergebnisse selbst.

Die Wahlen brachten einen bedeutenden Vorstoss der äussersten Linken. Gegenüber den 20 bisherigen Mandaten gewannen sie 40 Abgeordnetensitze. Auch die Opposition zusammen vermochte einen ansehnlichen Erfolg zu verbuchen, da die Deák-Partei 60 Mandate verlor. Die Meinung der verschiedenen Quellen über die Kräfteverhältnisse im Parlament war sehr unterschiedlich. Der einen Meinung nach verfügte die Opposition über 160, die Regierungspartei über 235 Abgeordnete¹¹. Andere meinten, dass die Regierungspartei über eine Mehrheit von 78 beziehungsweise 80 Mandaten verfügte, die 29 kroatischen Abgeordneten nicht mit eingerechnet, die ebenfalls rechtsorientiert waren¹². Ursache der abweichenden Beurteilung ist, dass auch die Ergebnisse der Nachwahlen mit eingerechnet werden und die Parteizugehörigkeit einzelner Abgeordneten nicht genau festgestellt werden kann.

Was Ungarn im engeren Sinne betrifft, stellt es sich eindeutig heraus, dass die Landesteile mit einer rein ungarischen Bevölkerung überwiegend Oppositionelle wählten. Die Regierungspartei erzielte ihre grössten Erfolge in den von Nationalitäten bewohnten Gegenden. In den von Ungarn bewohnten Gebieten erlitt das dualistische System eine Niederlage. Nach den einigermaßen ungenauen Angaben des Abgeordneten der Tisza-Partei, József Szomjas: „Erlitt seine (d. h. des Innenministers) Partei in Ungarn eigentlich eine Niederlage, indem von den 60 Abgeordneten der Städte Ungarns mit einer Bevölkerungszahl von 1 372 955 Einwohnern 42, die 976 888 Einwohner vertreten, auf den Bänken der Opposition sitzen. Auch von den 272 Abgeordneten der Komitate sitzen 132 auf den Bänken der Opposition, und diese vertreten 4 664 220 Seelen. . . Das alte Ungarn wählte um 18 Abgeordnete mehr solche, die der Regierung gegenüber eine oppositionelle Stellung eingenommen haben¹³. Die Seelenzahl von 5 641 028 beträgt 50,7% der Bevölkerung Ungarns im engeren Sinne, in der Höhe von 11 117 625. Wenn sich auch bei der Summierung Differenzen ergeben können, kann die Stellungnahme der von Ungarn bewohnten Gegenden nicht bezweifelt werden. Ebenso ist es gewiss, dass die Garantie der Regie-

rungsmehrheit in Siebenbürgen gegeben ist. Einerseits sahen wir, dass in Siebenbürgen – infolge der Wahlbezirkseinteilung – zur Gewinnung eines Mandats weniger Stimmen nötig sind als in Ungarn. Den ziffernmässigen Vergleich entsprechend: „... entsandten im Jahre 1869 aus den siebenbürgischen Landesteilen 28 Wahlbezirke mit 13 714 eingetragenen Wählern 37 Abgeordnete der Regierungspartei, wogegen der Komitat Pest mit 28 809 eingetragenen Wählern nur 10 oppositionelle Abgeordnete entsenden konnte, obwohl dem Komitat Pest nach dem Schlüssel Siebenbürgens 78 oppositionellen Abgeordnete gebührt hätten...“¹⁴ Eine eigentümliche Anomalie der siebenbürgischen Lage ist – mit den Worten von Mór Jókai –, dass „dem sich jeder Regierung anzuschliessen bereiten sächsischen Boden mit 200tausend Einwohnern 22 Abgeordnete gegeben waren, während die Pester Bevölkerung mit 200tausend Seelen nur fünf entsendet.“¹⁵ Es ist demnach nicht einfach davon die Rede, dass Siebenbürgen im Landtag „überrepräsentiert“ ist, sondern auch davon, dass innerhalb dessen auch das deutsche Ethnikum unverhältnismässig stark vertreten ist. Zu einem noch eigentümlicheren Ergebnis gelangen wir, wenn wir in Betracht ziehen, wie sich innerhalb der Wahlberechtigten die Nichtwähler, die Passiven zu den Teilnehmern verhielten.

Der Anteil der Nichtwähler im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten

| | Anzahl der Wahlberechtigten | Nichtteilnehmer | deren Anteil % |
|-------------------------------------|--------------------------------|-----------------|-------------------|
| Siebenbürgen | | | |
| Komitate, „Szék“-en, Gegenden . . | 98 276 | 53 836 | 64,78 |
| Städte, Marktflecken | 11,724 | 3,790 | 32,32 |
| Ungarn im engeren Sinn | | | |
| Komitate, Gegenden, Bezirke | 699 994 | 96 221 | 13,74 |
| Städte | 92 745 | 21 196 | 22,86 |
| Insgesamt | 902 739 | 175 043 | 19,39 |

Wir sehen, dass sich in Siebenbürgen – als Auswirkung der rumänischen Passivität – mehr als die Hälfte der 110tausend Wahlberechtigten, 52,38%, von der Wahl fernhielt! Man kann die Nationalitätenpolitiker der rumänischen Passivitätspartei nicht als engstirnig genug bezeichnen, indem sie objektiv dazu beigetragen haben, dass das System, das sie nicht anerkennen wollten, bestehen bleibe. Es konnte sich die paradoxe Situation ergeben, dass in zwei Wahlbezirken der Naszód – Gegend – im Naszóder und im Monorer – je zwei, insgesamt 4, das heisst vier Menschen zwei Abgeordnete wählten! Die siebenbürgischen Wähler – und innerhalb dieser die dem System besonders treuen Sachsen – entsandten im Verhältnis mehr Vertreter ins Abgeordnetenhaus als die ungarländischen – und innerhalb dieser die ungarischen Gebiete. Die Minderheit der weniger Wähler nahm an den Wahlen überhaupt teil. Hier wollen wir bemerken, dass der Enthaltensamkeitsanteil der rein ungarischen Komitate Csongrád,

Pest, Somogy, Szabolcs, Kraszna und Zaránd beziehungsweise des Bezirks Jász-Kun unter dem Landesdurchschnitt, aber ober dem Komitatsdurchschnitt liegt mit einem Wert von 17,9%.

Wenn man die Kräfteverhältnisse nicht nach den Wahlkreisen, sondern nach der Stimmenzahl betrachtet, ist die Mehrheit der Regierungspartei noch überzeugender. Den zeitgenössischen Daten von Gyula Schwarz entsprechend „entfallen von den durch Akklamation und Stimmenabgabe erfolgten Wahlen 323 590 Stimmen auf die gewählten Abgeordneten oder Wahlkandidaten der Linken und 340 204 Stimmen auf die der Rechten, — die Stimmen der Rechten würden demnach die der Linken nur um 16 605 übertreffen.¹⁶ Verlässlicher sind aber die Daten von Békésy, der die Stimmenzahl der Regierungspartei mit 383 612, die der Opposition mit 335 814 angibt. (Das sind zusammen 719 429, was noch immer weniger ist als die nach Abzug der Fernbleibenden verbleibenden 727 695. Die Rechendifferenz kann jedoch infolge der Grössenordnung vernachlässigt werden.) Wenn wir nun die Anzahl der Wahlbeteiligten durch die Zahl der zur Verfügung stehenden Mandate teilen, erhalten wir die theoretische Mandatsverteilung. Dies bedeutet 211 Mandate der Regierungspartei und 184 Oppositionsmandate. Das tatsächliche Verhältnis hingegen war 235 : 160. Gegenüber einer theoretischen Mehrheit von 27 Mandaten eine praktische Mehrheit von 75 Mandaten. Die Wahlmehrheit der Deák-Partei (47 798) verhält sich zu den abgegebenen Stimmen (719 426) wie 1 : 15. Das Verhältnis im Abgeordnetenhaus (75 : 395) hingegen wie 1 : 5. Die Regierungspartei verfügte also im Abgeordnetenhaus über eine dreimal so grosse Mehrheit als im Lande.¹⁷ Dies war nur so möglich, dass die Bezirke mit unproportionierter Wahlziffer die Regierung begünstigten.

Im bisherigen haben wir gesehen, dass das oppositionelle Verhalten mit der Volkszugehörigkeit zusammenhang. Es handelt sich natürlich nicht darum, dass ein Ungar allsogleich auch oppositionell wurde, sondern vielmehr darum, dass die fast ausschliesslich von Ungarn bewohnten Gegenden oppositionelle Abgeordneten wählten. Dies bedeutet, dass der Ausgleich als nationales Unrecht galt. Die Zurkenntnisnahme war nicht homogen, indem dort, wo die sich aus dem Ausgleich ergebende Zunahme des Warenverkehrs, das Empfinden der Prosperität (ich denke an das westliche Transdanubien) unmittelbar fühlbar waren, der „nationalen Empfindsamkeit“ das Gleichgewicht gehalten werden konnte. In den von Nationalitäten bewohnten Gebieten, wo das Ungartum im Verhältnis zu seinem Anteil an der dortigen Bevölkerung innerhalb der Stimmberechtigten überrepräsentiert war (und dies steigerte sich noch infolge der Nationalitätenpassivität), unterdrückte die Erhaltungskraft der ungarischen Hegemonie (deren Garantie die Festigkeit der Regierungsgewalt war) wiederum die Auffassung, wonach der Ausgleich die nationale Unabhängigkeit verletzt; andererseits brachte das Ungartum — indem es mit den der Regierungsgewalt verbundenen Wählern der Nationalitäten (vor allem mit dem bürokratischen Apparat) eine Interessengemeinschaft bildete — seine Loyalität zum Ausdruck. Dort, wo die Nationalitätenbürokratie ihren Einfluss nicht durchzusetzen vermochte, wurden mit der Opposition

sympathisierende, diese unterstützende Abgeordneten der Nationalitäten gewählt, was darauf hinweist, dass der Ausgleich auch ein Unrecht an den Nationalitäten war, die Massen der Wähler bewerteten ihn als solchen. Hinsichtlich der Nationalitäten stellte die festeste Grundlage der Regierung zweifellos das schwäbische bzw. sächsische Element dar. (Denken wir nur an den sich vom „oppositionellen Meer“ einer Insel gleichhervorhebenden schwäbischen Block von Tolna – Baranya, oder an die absolut regierungstreue Überrepräsentation der Siebenbürger Sachsen!) Es scheint, dass die politische Formel des Ausgleichs allein die Ansprüche der deutschen Nationalität restlos befriedigte.

Bedeutung des Wahlrechtes – der Antrag der Regierung

Der politische Konsolidationsprozess des Ausgleichssystems machte bis zu Beginn der 1870er Jahre einen wesentlichen Fortschritt. Nicht nur „oben“, sondern – vor allem durch Einführung des Virilistensystems – gelang es auch „unten“ die Verbindungen für ein kontinuierliches Funktionieren des Systems zu sichern.¹⁸ Der einzige für wirklich unsicher gehaltene Faktor der Stabilität blieb die Gefahr eines verfassungsmässigen Sturzes. Das Wahlergebnis des Jahres 1869 bestätigte es, dass selbst im Rahmen des gegebenen Zensus die Möglichkeit besteht, in der Minderheit zu bleiben. Eine Neuregelung des Wahlrechtes und des Wahlmechanismus erschien als eine unaufschiebbare Notwendigkeit.

Für die radikale Opposition des Systems wurde zum wichtigsten Umschlagpunkt des Zusammentreffens vom politischen Vorgang und Reformprogramm innerhalb der politischen Sphäre ebenfalls die Frage des Wahlrechtes. Die einzige – zur Verwirklichung ihres Programms nötige – Möglichkeit der Parteipolitik, die die Änderungen ausschliesslich im verfassungsmässigen Rahmen zu verwirklichen bereit war, blieb die anhand von Wahlen erfolgende Machtübernahme.

Die Wahlrechtsdebatte und deren Ergebnis waren also sowohl für die Konsolidation als auch für die Opposition der Prüfstein. Sie mussten auch jene Frage beantworten, ob der Liberalismus des dualistischen Systems die Möglichkeit einer verfassungsmässigen Selbstveränderung aushält oder nicht.

Die Regierung brachte am 8. November 1871 ihren Gesetzesantrag „über die Abänderung und Ergänzung des Gesetzartikels V vom Jahre 1848 und des siebenbürgischen Gesetzartikels II vom Jahre 1848“, das heisst über die Regelung des Wahlrechtes ein.¹⁹ In der Begründung des Gesetzantrags über das Wahlrecht heisst es: „Der vorliegende Antrag lässt die Bestimmung der Wahlberechtigung, so wie diese im G. A. V vom Jahre 1848 und im siebenbürgischen G. A. II vom Jahre 1848 festgelegt ist, im grossen und im ganzen unangetastet.“²⁰ Das bedeutet, dass die Ausweitung – ohne Rücksicht auf das Einkommen – nur die „Doktoren, Chirurgen, Advokate, Ingenieure, akademischen Künstler, Professoren, die Mitglieder der Ungarischen Gelehrten-Gesellschaft, Apotheker, Pfarrer, Hilfsgeistliche“ (s. § 5 des Gesetzantrages) berührt. Das Wahlrecht kann zukünftig auf der Grundlage niemand ausüben, dass er vor 1848 einer der

bevorrechteten Klassen angehörte, ausgenommen, dass er gelegentlich der Wahlen vom Jahre 1869 aufgrund alten Rechtes stimmte, (s. § 1). Diese behalten ihr Stimmrecht bis an ihr Lebensende. In sonstigen Beziehungen überschreitet die Verfügung den Charakter und das Ausmass des im Jahre 48 festgesetzten Zensus nicht, wie sie auch bestimmt: „die Wahlberechtigung ist nicht einfach und in ihr ist keine Gleichheit zu finden.“²¹ Ein einheitlicher Zensus ist auch nicht möglich — bekennen sie —, weil wegen der abweichenden Verhältnisse das Volksvertretungsprinzip so geschmälert würde und auch das bestehende Steuersystem sei nur interimistisch. Deshalb ist die gegebene Zensusregelung die beste, da mit deren Hilfe „es kein einziges, in irgendeiner Weise bedeutendes Interesse oder Element gibt, das im Rahmen dieses Zensus die Zusammenstellung des Parlaments nicht beeinflussen, das seinen Fürsprecher dorthin nicht entsenden könnte, und dies kann es nicht ausnehmungsweise oder zufällig, sondern regelmässig und mit Leichtigkeit erreichen.“ Der Zensus „passt sich den in den verschiedenen Teilen des Landes bestehenden Vermögensverhältnissen an“. Ein weiterer Vorteil ist, dass „obwohl die Bedingungen der Wahlberechtigung unterschiedlich sind, immerhin jedoch so, dass mit einigem Fleiss und einiger Sparsamkeit jedermann die Möglichkeit hat die eine oder andere zu erreichen. . . Das Niveau des Wohlstands und der Intelligenz steigt fortlaufend. Immer neuere Elemente können innerhalb des gesetzten Rahmens geraten. Der Kreis der Wahlberechtigten weitet sich durch natürlichen Zuwachs kontinuierlich aus.“²²

In der Frage des Zensus wollte also der Gesetzantrag — eingestandenermassen — „keine neue Wahlberechtigung schaffen, sondern bloss die mit dem Gesetz vom Jahre 1848 bestimmte Berechtigung erhalten, er wollte . . . niemandes Recht nehmen, dem dieses die 1848er Gesetze zugeteilt haben, er wollte aber auch die Grundlage des Wahlgesetzes nicht ausweiten.“²³ Den Mangel der Änderung begründet der Umstand, dass die einzige lebensfähige Zensuslösung, die auf der Steuer basieren würde, infolge des Provisoriums des Steuersystems nicht durchführbar ist. Es gibt noch keinen endgültigen Grundsteuerekataster. „Einen gerechten Zensus können wir also nicht feststellen“²⁴ sagt der Innenminister. Im Falle des Grundbesitzes halten wir daher den für 1/4 Grundstück samt Zubehör (Weide, Fortsnutzung, Rohrchnittsrecht) beziehungsweise auf einem Grundbesitz ähnlichen Ausmasses beruhenden Zensus aufrecht. Im Falle der übrigen Kategorien werden die Verfügungen des Gesetzes vom Jahre 1848 dennoch aufgrund der Steuer neugeregelt. Der Gewerbetreibende ist in der Provinz nach 6 Gulden, in der Stadt nach 10 Gulden 50 Kreuzer stimmberechtigt. Im Falle des Grund- und Hauseigentums sind 5 Gulden, bei blossem Hausbesitz 6 Gulden das Steuerminimum. In Siebenbürgen wurde gegenüber dem 1/4 Grundstück in Ungarn ein Steuerminimum von 8 Fl. 40 kr. festgesetzt. Ihrer Ansicht nach enthalten diese Beträge keine Steigerung gegenüber den Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1848. Im Falle der Honoratioren — die in Siebenbürgen nur dann wahlberechtigt waren, wenn sie in einer mit besonderem Vertretungsrecht ausgestatteten Stadt wohnten — wurde ihnen das Stimmrecht überall zuerkannt.

Neben der Aufgabe der Konservation trat die Ausweitungsabsicht des Gesetzes hinsichtlich der Intelligenz zutage. Betrachten wir zwecks dessen Verständnis die Beschäftigungsstatistik.

„Nach Beruf und Beschäftigung verteilte sich die Bevölkerung der Monarchie aufgrund der Daten vom Jahre 1870 folgendermassen:

| Art der Beschäftigung | Auf dem | Gebiet | Jenseits d. Leitha | |
|---------------------------------|-------------------------|--------|--------------------|-------|
| | des ungarischen Staates | | | |
| | im allg. | % | im allg. | % |
| Pfarrer | 19 859 | 0,13 | 31 389 | 0,15 |
| Beamte | 35 540 | 0,23 | 72 147 | 0,38 |
| Professoren und Lehrer | 27 221 | 0,18 | 40 503 | 0,20 |
| Schüler | 63 437 | 0,41 | 75 642 | 0,37 |
| Schriftsteller und Künstler ... | 12 018 | 0,08 | 15 888 | 0,08 |
| Advokate u. Nottare | 4 884 | 0,03 | 7 230 | 0,04 |
| Personal des Gesundheitswesens | 14 283 | 0,09 | 28 142 | 0,14 |
| Haus- u. Rentenbes. | 80 680 | 0,52 | 442 986 | 2,16 |
| In d. Landw. Besch. | 5 015 899 | 32,54 | 7 497 500 | 37,13 |
| Gewerbe u. Handel | 48 854 | 0,32 | 104 342 | 0,52 |
| Pers. Dienstleistung | 1 143 075 | 7,41 | 817 835 | 4,05 |
| Ohne Beschäftigung | | | | |
| (Frauen u. Kinder) | 8 117 693 | 52,65 | 8 404 063 | 41,57 |

„Wenn wir die ersten sieben Beschäftigungsarten zusammenziehen, dann lebten in Ungarn und Translitanien“ (Mór Pisztory: *Az Osztrák – Magyar Monarchia Statisticája* (Statistik der Österreichisch – Ungarischen Monarchie), 1874. S. 123.):

| | auf dem Gebiet des ungarischen Staates | jenseits d. Leitha |
|---------------------------------------|--|--------------------|
| Von Intelligenzeinkommen | 1,15% | 1,36% |
| Von Landwirtschaft, Bergbau | 37,86% | 37,65% |
| Von Gewerbe und Handel | 5,11% | 13,21% |
| Von persönlicher Dienstleistung | 7,14% | 4,05% |
| Ohne Beschäftigt | 52,65% | 41,57% |

Da aber wir die ersten sieben Kategorien nicht zusammenziehen können – da der Regierungsantrag die Beamten (35 540 Personen) und die Schüler (63 437 Personen) nicht betrifft – so können wir nur fünf Kategorien bewerten, wobei sich 78 264 Personen ergeben (auch von diesen gebührt im Sinne des Gesetzesvorschlags nicht jedem das Wahlrecht, weil z. B. nicht jeder Künstler berechtigt ist, zugleich aber gibt es unter den Beamten sicherlich solche, die aufgrund ihres Einkommens Wähler sind). Wir können also mit gutem Grund diese als annähernde Zahl akzeptieren.

Real betrachtet zieht demnach die Rechtsausweitung im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nur eine verschwindende Zahl von neuen Wählern in das politische Leben ein. Auf den realen Inhalt der Rechtswahrung hinsichtlich der vorhandenen Wähler will ich bei den Argumenten der Opposition zurückkommen.) Unbegründet ist auch die Behauptung, dass alle Schichten unmittelbar im Landtag vertreten sind.

Der Regierungsantrag wünscht die Wahlbezirke vom Jahre 1869 — die auf der Einteilung von 1848 beruhen — gelten zu lassen (§ 80). Die Konskription der Wähler will er fortlaufend, in Form einer ständigen Liste durchführen. Bei der Wahlordnung legt er unter anderem fest: die Abstimmung erfolgt auf die einzelnen Kandidaten getrennt. Auf jeden Kandidaten geben die Wähler in den einzelnen Gemeinden in einer bestimmten Reihenfolge ihre Stimme ab. (§ 103) Die Abstimmung erfolgt mündlich und öffentlich (§ 107).

Bei Beurteilung des Standpunktes der Regierung können wir feststellen, dass sie — innerhalb des Rahmens einer Zensuslösung denkend — das Wahlrecht im wesentlichen nicht auszuweiten wünschte. Die schweren Unproportioniertheiten des Wahlsystems liess man weiter bestehen. Man wollte das Ausüben des beschränkten Wahlrechts im Zeichen eines völligen persönlichen Ausgeliefertseins verwirklichen. In der ideologischen Begründung erscheint die Möglichkeit einer Demokratie nach wie vor als ein dem Ungartum fremder Faktor, der die politische Stabilität gefährdet. Dem letzteren ist die Frage des Wahlrechts untergeordnet. So fehlen aus dem Gesetzentwurf die Regelung der Inkompatibilität und Schaffung einer Rechtsgrundlage gegen die Wahlbestechungen. Zwischen der Sicherung der politischen Hegemonie und dem Anspruch auf eine demokratisch-liberale Rechtsausdehnung spannt sich ein unüberbrückbarer Gegensatz.

Der Standpunkt der Opposition

Das Auftreten der Opposition erfolgte in zwei Richtungen: einerseits zeigte es die Mängel beziehungsweise den realen Inhalt des Regierungsantrags auf, andererseits legte es Anträge vor, die gegenüber dem bestehenden einen neuen, einen anderen politischen und gesellschaftlichen Inhalt aufwiesen.

Das Auftreten in zwei Richtungen war in der Tätigkeit der Opposition nach Parteien geschichtet: die von Kálmán Tisza geführte linke Mitte zerlegte eher die konkreten Bestimmungen des Gesetzesantrags, die extreme Linke hingegen, und mit ihr die Abgeordneten der Nationalitäten gleicher Meinung, warfen die Regierungsvorlage im allgemeinen und setzten sich für ihre eigenen, gegensätzlichen Vorstellungen ein.

Die allgemeine Debatte über das Wahlrecht begann im Februar 1872, diese bot Gelegenheit zur Darlegung der Argumente. Es näherte sich der Ablauf des Parlamentsmandats, somit kam den Zeitfaktor eine gesteigerte Bedeutung zu.

Das Auftreten der linken Mitte war dadurch motiviert, dass es keinen entschiedenen Gegenantrag gegenüber der Regierung einzubringen

vermochte. Auch sie nahm für eine auf dem Vermögenszensus beruhende, öffentliche Abstimmung Stellung, obwohl sich eine Anzahl ihrer Abgeordneten der Meinung der extremen Linken angeschlossen hat. Sie tadelten die Gesetzesvorlage besonders darum, weil sie – entgegen der einbekannten Absicht – den Zensus erhöht. Nachdem das neue Gesetz hinsichtlich des Grundbesitzes auch das sich dem Viertelgrundstück anschliessende Zubehör in die Wahlberechtigung einbezog – dieses konnte sich infolge der Flurbereinigung auf 6 bis 15 Joch erstrecken – „müssen in jenen Munizipien, wo bisher ein Viertelgrundstück oder 10 Joch die Betreffenden zur Wahl berechtigten, im Sinne des Gesetzantrags zukünftig über 15, ja sogar 20 Joch verfügen, um wählen zu dürfen. In dieser wird einem Teil des Bauernstandes das Stimmrecht entzogen.“²⁵ Lajos Mocsáry beanstandet diesen Punkt des Antrags ebenfalls, weil bisher jener, der kein Viertelgrundstück besass, nach einer Steuer von 100 Gulden Wähler war „und demzufolge gerieten viele sog. Häusler – auch Fussvolk genannt – die kein Viertelgrundstück besaßen, unter die Wähler. Dies hört sich nun auf. Infolgedessen werden zukünftig alle, die bisher als Häusler, Haus- und Weingartenbesitzer zu den Stimmberechtigten zählten, ausbleiben.“ Als Beispiel erwähnt er das Dorf in dem er wohnt: statt der bisherigen 80 Wähler würden im Sinne des neuen Gesetzes nur noch 15 stimmberechtigt bleiben.²⁶ Die Bestimmung bezüglich der Kleinkaufleute und Kleingewerbetreibenden – statt einem Gesellen 10 Fl. 50 kr. – stellt gleichfalls eine Erhöhung des Zensus dar. Dadurch werden – ihrer Meinung nach – 2/5 der Kaufleute und Gewerbetreibenden ihr Stimmrecht verlieren. „Bei der Bemessung der Einkommensteuer gibt es gewisse Grenzen: von 100 Fl. bis 150 Fl. werden 10 Fl. bemessen, und erst von 150 Fl. aufwärts beginnt die Steigerung; die 50 kr. bedeuten also nicht, dass der Betreffende wählen wird, wenn er ein Reineinkommen von 105 Fl. aufweist (wie dies im Gesetz vom Jahre 1848 vorgeschrieben war A. G.), sondern vielmehr nur dann, wenn er ein Reineinkommen von 150 Fl. aufweisen kann, stimmberechtigt sein wird“²⁷ – sagt Kálmán Tisza. Ödön Kállay, Abgeordneter der extremen Linken stellt fest, dass § 4 „so referiert ... – indem er vom Gewerbetreibenden statt der Beschäftigung eines Gesellen den Nachweis eines Einkommens von 150 Fl., oder einer Einkommensteuer von 6 Fl. erfordert –, dass dadurch namentlich in den von Ungarn bewohnten Städten zahlreiche Stimmen entzieht, in Städten, wo gerade die kleineren Handwerker in Überzahl sind.“²⁸ Auch Bobory ist der Ansicht, dass „mit diesem Gesetzesantrag die ungarischen Städte der Tiefebene, namentlich die Marktflecken mit geordnetem Magistrat am ärgsten getroffen sind, die vernünftige und patriotische Bevölkerung jener Städte, die die ärmeren Klassen und kleineren Bodenbesitzer in so grosser Zahl aufnehmen.“ Am schmerzlichsten belastet diese Änderung dennoch die Gewerbetreibenden, weil sie höchstens drei Monate in einem Jahre verdienen, ihr Einkommen selbst 40 Fl. nicht erreicht, nach dem sie keine zehneinhalb Gulden Einkommensteuer entrichten werden. Bobory gibt dem Situationsbild sofort eine politische Spitze. Spöttisch bemerkt er: „Sie haben recht, die mit diesem Betreiben die Städte der Tiefebene treffen wollen, sie haben

recht, weil alle Abgeordneten dieser Stätte in der Tiefebene, mit Ausnahme von bloss zweien . . . hier (nämlich links) sitzen.“²⁹

Auch der aufgrund der Hausklassensteuer und der Hauszinssteuer bestimmte Zensus stellt eine Erhöhung dar. Gegenüber den bisherigen 3 muss jener, der wählen will, zukünftig über 4 Zimmer verfügen.³⁰

Es wird auch über viele andere Faktoren gesprochen, wie z. B. über den territorial unterschiedlichen Charakter des Zensus. Im ganzen genommen gelangen wir aber zur Schlussfolgerung, dass der Gesetzesantrag der Regierung den Zensus erhöht und trotz der Rechtsausweitung zugunsten der intellektuellen Kategorien die Anzahl der Wähler vermindert. Laut Meinung von Lajos Dobsa würde sich die Wählerzahl um sechzigtausend verringern.³¹

Davon zeugt der später hingenommene Gesetzartikel XXXIII vom Jahre 1874. Während in Ungarn im Jahre 1870 die Anzahl der Wähler 890 416 betrug (6,7% der Bevölkerung), verminderte sich diese nach Inkrafttreten des Gesetzes auf 821 241 (5,9% der Bevölkerung).³²

Kálmán Tisza betont deshalb, dass „alle sämtlichen Dingen jenen Namen geben sollen, den sie verdienen, und nicht jene Ware als liberale feilhalten, die reaktionär ist.“³³ „Ein aristokratischer Faden zieht sich“ durch den Gesetzesantrag des Ministeriums, und dessen Zweck ist „erstens die Artistokraten ins Parlament zu bringen und zweitens die Linke zu übertrumpfen“ — behauptet Boldizsár Halász.³⁴ Tisza fordert jedenfalls nicht mehr „als aufgrund der vorgelegten Daten einige Absätze abzuändern, nachdem ich schon selbst genötigt bin von einer radikalen Reform Abstand zu nehmen“, konkret: „den Zensus aufgrund des niedrigeren gleichzusetzen.“³⁵

Die Richtung einer Weiterentwicklung des Gesetzes vom Jahre 1848 sehen auch innerhalb der linken Mitte nicht wenige klar. Sebő Vukovics stellt fest: „das Gesetz von Jahre 1848 liess nur noch zwei Schritte zur Erreichung des suffrage universel (allgemeines Wahlrecht) zurück: mit dem ersten Schritt wären wir — über das Gesetz V. vom Jahre 1848 hinausgehend — dorthin gelangt, wo jedermann, ungeachtet dessen wieviel Steuer er zahlt, wahlberechtigt ist; hierauf aber hätten wir mit noch einem Schritt den Punkt erreicht, wo allgemeines Stimmrecht herrscht.“³⁶

Die extreme Linke und die mit ihr verbündeten Abgeordneten der Nationalitäten verwerfen die Regierungsvorlage und formulieren — auch im Verhältnis zur linken Mitte — qualitativ unterschiedliche Forderungen. Sie fordern das allgemeine Wahlrecht, die geheime Abstimmung, eine dem Verhältnis der Bevölkerung gerechte Einteilung der Wahlbezirke, die Schaffung eines Inkompatibilitätsgesetzes, eine strenge Bestrafung der Bestechungen und des Wahlunfugs.³⁷

Die den Regierungsantrag abweisenden Teile erörtern sie im Laufe der allgemeinen Parlamentsdebatte über das Wahlrecht auch eingehender. „Ich bin gezwungen — sagt Irányi — dies als gewöhnliche Flickarbeit, als einfache Reparatur zu bezeichnen. Und selbst diese Flickarbeit, diese Reparatur wird nicht im Interesse der bestehenden Notwendigkeit, nicht in dem der Freiheit und Gleichheit, auch nicht in dem der Rechtsauswei-

tung, sondern in dem der Rechtseinschränkung, nicht im Interesse des Wohles der Nation, sondern in dem der Verewigung der Regierung und der herrschenden Partei, nicht im Geiste des Fortschritts, sondern vielmehr in dem der Reaktion geplant.“³⁸ Ausser den im allgemeinen betonten Grundsätzen des Liberalismus und der Demokratie spielten in der Kritik die Hervorhebung der Rechtseinschränkung und der Zusammengehörigkeit der gegebenen politischen Struktur eine wesentlich grössere Rolle.

Sándor Mosonyi stellt fest: „Jeder Zensus ist eine gesellschaftliche Frage. Die Gesellschaft ist nicht ein einfaches Ganzes, sondern ein System der sich geschichtlich entwickelten Klassen. Wie beim einzelnen so geschieht es auch bei den Klassen, dass eine oder vielleicht auch mehrere, die eben im Besitz der Faktoren des natürlichen Supremants sind, die natürliche Herrschaft ergreifen. Das natürliche Bestreben dieser Klasse wird sein, ihrer Herrschaft eine tunlichst feste Grundlage zu sichern. Der einfachste und natürlichste Weg hierzu ist die Ergreifung der Staatsgewalt, hierzu aber ist wiederum das natürlichste und einfachste Mittel der Zensus ... Der praktische Sinn des Zensus ist nichts anderes wie die künstliche Herrschaft der herrschenden Klasse noch besser zu sichern.“ Daraus folgt, dass „bei Regelung des Zensus niengends Rechtsgrundsätze oder irgendwelche mathematischen Durchschnittswerte als Grundlage dienen“, sondern das politische Interesse. Der Zensus verursacht somit kraft seiner Natur „die unerträgliche Klassenherrschaft“.³⁹ Zur gleichen Schlussfolgerung gelangt auch György Stratimirovics: „In freien Staaten, wo das politische Leben durch Sonderinteressen nicht eingeschränkt ist, wo sich dies ohne Rücksicht auf fremde Einflüsse bewegt, muss in erster Linie für die Rechte der Bürger gesorgt werden. Und jene Besorgnis sowie die sog. ‚konservativen Interessen‘, die auf den Namen ‚Ordnung‘ getauft wurden, treten nur nebensächlich, in untergeordneter Weise in den Vordergrund. In jenen Staaten hingegen, wo vor allem die konservativen und Sonderinteressen gepflogen werden, wird die Freiheit der Ordnung aufgeopfert, – und die herrschende Klasse wird durch einen hohen Zensus, Einschränkung der Wahlfreiheit und ein hinterlistiges Wahlverfahren geschützt.“ Die Gefahr einer brutalen Klassenhegemonie hält er auch gegenüber der sich gestaltenden Arbeiterbewegung für keine glückliche Lösung: „Für noch gefährlicher zeigt sich die eigenmächtige Aufteilung einer und derselben Klasse in der gegenwärtigen Zeit, angesichts einer sich ergebenden sehr wichtigen Frage. Diese ist die Frage des Sozialismus, der mit seinem mächtigen Wellenschlag die alte Gesellschaft im Grunde erschüttert und der weder mit Kanonen noch mit Bajonetten von der Tagesordnung Europas entfernt, der allein durch Staatsweisheit auf den richtigen Pfad gelenkt werden kann. Wenn es einen Staat gibt, so ist es Ungarn, das dank seiner glücklichen sozialen Verhältnisse berufen ist in dieser Frage eine friedliche Lösung zu erhoffen. Bei einer reichen und mächtigen Aristokratie, einem vermögenden Bürgertum und hohem Arbeitslohn eine im Embryonalzustand kaum bestehende Arbeiterfrage; wenn eine weitblickende Gesetzgebung dies alles entsprechend berücksichtigt, kann sie – wenn das zusammenbrechende

Europa durch den Sozialismus zerfallen würde — unser junges, kräftiges Vaterland einer friedlichen Lösung entgegenführen. Ich befürchte, meine Herren, dass sie gerade durch diesen Wahlzensus das Bestehen des Proletariats in unserem Vaterland mit einer Berechtigung ausgestattet haben; und zwar an der gefährlichsten Stelle, in der Bauernklasse, indem sie gekünstelt einen politischen Rechtsunterschied schaffen wollen dort, wo es weder einen kulturellen, noch einen sozialen Unterschied gibt.⁴⁰ Auch Táncsics beurteilt wegen „den Hinterlistigkeiten der Internationale“ die im Zensus zutagetretend starre Klassenherrschaft für gefährlich, und erwartet vom allgemeinen Wahlrecht die politische Lösung der sozialen Frage.⁴¹

Im gesellschaftlichen Inhalt des Zensus erblicken sie die Verwirklichung der Sicherheit der Hegemonie der Grossgrundbesitzer-Aristokratie. Sie beurteilen ihn als gefährlich, weil er keine Möglichkeit für eine friedliche, verfassungsmässige Regelung der gesellschaftlichen Interessengegensätze bietet. In seiner Perspektive trennt er die politische Struktur vom Auflösungsterrain der gesellschaftlichen Spannung. Das allgemeine Stimmrecht, als Bedingung für die Lösung der sozialen Probleme, verknüpfen sie auch mit Illusionen, indem sie sich — einem glaubenstreuen Liberalen würdig — die Ansicht „gutes Gesetz = Lösung der gesellschaftlichen Probleme“ zueigen machen. Jedenfalls formulieren sie zweifellos den Anspruch auf eine wesentlich demokratischere Interessenvertretung als die bestehende.

Die andere Überlegung, die das Verwerfen des Gesetzantrags begründet ist, dass für die Regierung lediglich die Erhaltung ihrer Macht interessant ist und das Wahlrecht dem untergeordnet regeln will. Den Unterschied in der Mentalität summiert Lajos Dobsa, der wie folgt argumentiert: „Wir denken, wenn wir das Wort ‚Vaterland‘ aussprechen, an das Volk, sie an die Macht. Wir reden nach unten, sie reden nach oben. Das ist der Unterschied.“ Er wirft die Frage auf, für was oder für wen wohl die aus dem Wahlrecht Ausgeschlossenen gefährlich sind: „Bedeuteten sie vielleicht für das Vaterland eine Gefahr? Nein! Sind sie für die Verfassung gefährlich? Nein! Oder gefährden sie den Fortschritt? Auch das nicht. Sie sind für Sie gefährlich, meine Herren, darum werden sie ausgeschlossen.“⁴² Sie halten für den Sinn des Gesetzes, dass auch zukünftig Abgeordnete der Ausgleichspartei gewählt werden.⁴³ Das Interesse der Machterhaltung diktiert die Politik der Rechtseinschränkung.

Im Falle einer Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts beurteilen sie weder die Ausbreitung der Demagogie, noch die „geistige Wertverminderung des Parlaments“, deren Möglichkeit die Regierung so vehement betonte. „Die Liebäugelei mit den Massen ist für die Freiheit nicht so gefährlich, wie wenn sich die Söldnerwissenschaftler und Schriftsteller dem Despotismus verdingen und diesem schmeicheln“⁴⁴ — behauptet Vajda. Und übrigens, so wie sich die Intelligenz „auch bisher nicht scheute sich mit dem Volk zu vermengen, so wird sie dies als heilige Pflicht auch zukünftig tun“ — sagt Irányi. Im übrigen meint er, dass es nicht das Privileg der Reichen sei über die Interessen der Armen zu urteilen.⁴⁵ Sie meinen,

dass eine Beschleunigung des Tempos der Verbürgerlichung — was in diesem Fall, das Stimmrecht, die für jedermann zugängliche Möglichkeit einer legalen politischen Willensäußerung bedeutet — zu einer gesteigerten Verantwortungsbereitschaft anspornt und die Entwicklung einer den demokratischen Interessen verbundenen „organischen Intelligenz“ ermöglicht, ferner auch für den in die Machtverpflichtung des Staatsapparats gelangenden Gentry eine Alternative anderer Art erreichbar macht.

Den Begriff des allgemeinen Stimmrechts konkretisierend stellt Irányi bloss die Bedingungen, dass der Betreffende nicht bestraft und volljährig sei, also auch nicht unter Vormundschaft stehe, sowie Eingeborener oder naturalisiert sei. In seiner Begriffsdreiheit bezeichnet er sein Kriterium mit den Ausdrücken Ehrlichkeit, Intelligenz und Patriotismus. „Ich werde vollauf befriedigt sein — sagt er — wenn aus dem allgemeinen Stimmrecht die Frauen und die unter Vormundschaft stehenden ausgeschlossen werden.“⁴⁶ Dem gegebenen Zensus gegenüber — der 3/4 der erwachsenen männlichen Staatsbürger aus dem Stimmrecht ausschliesst — will er das Stimmrecht 3 600 000 Leuten, den männlichen Staatsbürgern über 20 Jahren, das Stimmrecht erteilen. Diese Mehrheit trägt — nach der Meinung Táncsics's — die Last der öffentlichen Arbeiten und des Militärdienstes, und „die Mittellosen oder die über geringe Mittel Verfügenden zahlen in riesiger Anzahl dem Staat die grösste Steuer: die Verbrauchssteuer.“⁴⁷ Die politische Rechtsausweitung, die Steigerung des Tempos der Verbürgerlichung sind organische Teile der oppositionellen Stellungnahme, die den Bestand des dualistischen System in Frage stellt.

Mit der ministeriellen Vorlage, die die Konskription der Wähler zu modernisieren wünscht, und die Erstellung einer ständigen Wählerliste beantragt, sind sie einverstanden. Hinsichtlich des Wahlgeheimnisses sind sie jedoch völlig anderer Meinung. In ihrer Begründung heben sie hervor, dass die Unabhängigkeit des Wählers einzig und allein dieses garantiere. Ödön Kállay sagt, dass „inmitten unserer derzeitigen komplizierten gesellschaftlichen Lage die einzige Waffe der Bürger die geheime Wahl ist“. Indem er die Anhänger der Regierung zur Verantwortung zieht hebt er hervor: „... wenn ihr wollt, dass wir öffentlich stimmen, organisiert die Gesellschaft so, dass sie sich nicht vor der Rache der Knechte der Regierung und der verschiedenen Paschas in der Provinz fürchten müsse, sind wir doch infolge von Klügeleien unter solche Gesetze geraten, dass — aufrichtig gesagt — von unseren Zweigroschen-Angelegenheiten beginnend alles, was wir haben, in euren Händen liegt; eure Arme aber sind lang genug, dass es kein Moment unseres Fortkommens gibt, das ihr — wenn ihr wollt — nicht erreichen könntet.“⁴⁸ Irányi argumentiert in ähnlichem Geist für die geheime Abstimmung.⁴⁹ Sie erörtern den Widerspruch zwischen dem aus tausend Fäden bestehenden Abhängigkeitssystem und der aufrichtigen politischen Meinungsäußerung. Der geheimen Abstimmung kommt aber eine besondere Bedeutung zu, wenn das allgemeine Wahlrecht verwirklicht wird, wird die Korruptionsmöglichkeit durch Gewinnung von Stimmen der armen Bevölkerung für eine materielle Gegenleistung auf ein Minimum sinken. In diesem Fall wird auch der arme Mann „über genügende Intelli-

genz verfügen, — falls sein Geist durch den Dunst des Weines und Schnapses der gnädigen und löblichen Herrn nicht getrübt wird — um zu sagen, wer jener Mann ist, der in seiner Gegend sein besonderes Vertrauen besitzt.¹⁵⁰ Das Recht der politischen Meinungsäusserung ist unabhängig von der gesellschaftlichen Lage und den Fachkenntnissen. Die Fachkenntnis ist zur Beschlussfassung, zu Beratungen und Entscheidungen in „Landesangelegenheiten“ erforderlich. Für die politische Meinungsäusserung hingegen sind das Wahlgeheimnis und die Bestrafung von Bestechungen in gleicher Weise unerlässliche Bedingungen.

Das Terrain der Äusserung des politischen Willens, die Einteilung der Wahlbezirke will die Regierung nicht abändern. Dies ist verständlich, weil die unproportionierte Einteilung — wie wir gesehen haben — für sie vorteilhaft — war. Den Mangel einer Änderung begründen sie natürlich nicht damit. Die praktische Begründung war, dass — obgleich die ungleichmässige Einteilung grundsätzlich auch sie für unrichtig halten, — sie mangels eines richtigen, auf dem Zensus ruhenden Katasters keine genaue, der Anzahl der Wähler entsprechende gleichmässige Einteilung verwirklichen könnten. Für die extreme Linke ist das Problem sehr einfach. Da sie für ein allgemeines Wahlrecht ist, beharrt sie auf einer der Bevölkerungszahl entsprechenden Aufteilung. In ihrer Argumentation beruft sie sich auch auf § 7 des Gesetzes vom Jahre 1848, der ebenfalls dies vorschreibt. Die Regierung kann eine aufgrund der Bevölkerung erfolgende Einteilung deshalb nicht akzeptieren, weil dies „gleichbedeutend damit wäre, dass die Städte mit wenigen Ausnahmen in der Flut der Provinzstimmen untertauchen würden“. Das andere „Unheil“, das ihrer Meinung nach dadurch entstehen könnte, ist, dass in der überwiegenden Zahl der Wahlbezirke das zahlreichste und gleichförmigste Element herrschen würde. Daraus würde sich wiederum ein arges Unheil ergeben: nämlich jenes, dass es die gleichmässigen Wahlbezirke verbunden mit dem allgemeinen Stimmrecht, oder auch ohne dem, unmöglich machen würden, dass mindervermögende, aber sehr begabte und im Parlament brauchbare Personen, mit einem Wort solche, die weder Demagogen noch Millionäre sind, ins Parlament gelangen können ... Bei allgemeinen, ziffernmässig gleichgrossen Wahlbezirken würde gerade die die Parlamentsintelligenz sehr vermehrende Klasse, nämlich die Leute mit gemässigtem Geschmack, geschult und gebildet, aber mit geringem Vermögen nicht gewählt werden, weil sie die grosse Masse der Wähler nicht gewinnen könnte, indem sie über keine entsprechenden Geldmittel verfügen würde um die Gunst der herrschenden Demokratie zu erkaufen, noch um die Kosten — ich spreche hier nicht von illegalen Spesen, sondern von solchen, die in den grossen Wahlbezirken unerlässlich sind — zu tragen, und die andererseits — von Natur aus — infolge ihres Geschmacks, ihrer Studien und ihrer Stellung in einem Wahlbezirk, wo der grösste Teil der Wähler der am wenigsten gebildeten Klasse angehört, sich die Sympathie des Volkes nicht erwerben könnte.“¹⁵¹ Die Argumentation bringt klar zum Ausdruck, dass das Wahlsystem der Herrschaft einer Schichte untergeordnet werden muss. Im Gedankengang liegt der Schwerpunkt nicht auf dem politischen Willen der Wähler, sondern auf dem Ergebnis. Die Ein-

teilung der Wahlbezirke muss dem angenommenen Ergebnis dienen. Dezső Szilágyi, der den Begriff des „politisierenden Mittelstandes“ formuliert hat, nimmt anscheinend sowohl von den „Demagogen“ als auch von den „Millionären“ Abstand. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass der sich in das so aufrechterhaltene Wahlsystem eingebaute materielle-politische Einfluss eine Weitervererbung der bestehenden herrschenden Positionen darstellt. Ein anderes Element der Argumentation bestätigt durch Gegenüberstellung von Qualität und Quantität die Ungleichheit: „wenn wir beurteilen wollen, welcher Wahlbezirk seiner Pflicht gegenüber dem Land besser nachgekommen ist, jener, der aus einem sehr kleinen Bezirk einen wirklich hervorragenden Mann ins Parlament entsandte, oder der grosse, der eine ähnlich grosse Mittelmässigkeit abgesandt hat; ich denke, wir würden alle sagen, dass der erstere seiner Pflicht besser nachgekommen ist.“⁵² Der Gesichtspunkt legt das Gewicht wiederum nicht auf die Offenbarung, die Priorität des politischen Willens, sondern auf das Ergebnis der Auswahl, was übertragen die Legitimierung einer gewissen Überlegenheit bedeutet. (Um darüber gar nicht zu sprechen, aufgrund welches Gesichtspunktsystems die Entscheidung der „Vorzüglichkeit“ möglich wäre.) Eine derartige Beurteilung, die die Person des Abgeordneten in den Vordergrund stellt, ist auch gewissermassen Trägerin einer Standesmentalität. Sie beraubt Volksvertretung ihres wesentlichen, bürgerlichen Inhalts: dessen, dass sie den Willen der Wähler zum Ausdruck bringe, verdolmetsche, formuliere. In anderer Beziehung — das können wir diesmal nicht eingehend erörtern — weist sie als logische Folge ihres die Überlegenheit legitimierenden Standpunktes das Abberufungsrecht, das zwischen den beiden Wahlen das Geltendwerden des Wählerwillens gewährleisten würde, scharf ab.⁵³

Trotz des Gesetzartikels X vom Jahre 1877 über die Regelung der Wahlbezirke bleibt das unproportionierte Wahlsystem auch weiter bestehen. Es wurde errechnet, dass vor dem Ersten Weltkrieg die 6,2 Millionen Einwohner von Oberungarn und Siebenbürgen 182, während die 8,3 Millionen Einwohner Transdanubiens und des Gebietes zwischen Donau und Theiss 136 Abgeordnete wählten.⁵⁴ Die politische Überlegung, welche die ungarische Provinz — und die Opposition — traf, setzte sich auch weiter durch. Die ausgleichende Einteilung und die Stabilität der Regierungsgewalt vermochten nebeneinander nicht zu bestehen.

Die Nationalitätenfrage und Siebenbürgen in der Wahlrechtsdebatte

Im Zusammenhang mit dem Wahlrecht und dem allgemeinen Wahlrecht drang unvermeidlich das Problem der Nationalitäten in den Vordergrund. Die Frage spitze sich namentlich dadurch zu, dass die Wahlen vom Jahre 1869 eindeutig den Beweis dafür erbrachten, dass die Regierungsmehrheit vom Verhalten Siebenbürgens abhang. Das politische Verhalten Siebenbürgens aber war in grossem Ausmass durch die dort lebenden Nationalitäten bestimmt: die Rumänen trugen mit ihrer Passivität, die Sachsen mit ihrer im Wahlrecht gesicherten „Überrepräsentation“ der Ausgestaltung einer für die Regierung günstigen politischen Situation bei.

Der Gesetzantrag traf die von Ungarn bewohnten Gebiete Ungarns besonders schwer. Nach der Meinung von Áron Szilády „sind durch diesen Gesetzantrag also nicht die Nationalitäten, sondern geradewegs das Ungartum einer Entrechtung ausgesetzt ...“⁵⁵ Die getarnte Erhöhung des Zensus liess ihre Wirkung hier am schwersten spüren. Dies ist jedoch nur die eine Seite der „Selbstversicherungspolitik“. Die andere ist, „dass durch Aufrechterhaltung der siebenbürgischen Lage einer eventuell entstehenden oppositionellen Mehrheit in Ungarn das Gleichgewicht gehalten wird. Das Nationalitätenproblem und Siebenbürgen traten miteinander verflochten, das eine durch das andere in Erscheinung, vor allem in der Rumänen-Frage.

In Andeutung der Stellungnahme der Regierung sagt Irányi: „Sie fürchten sich vor den Rumänen, indem sie meinen, dass diese sich nach einem Daco-Rumänien sehnen. Mag sein, ich werde nicht das Gegenteil behaupten. Ja, ich muss auch das aufrichtig erklären, dass ich dafür nicht garantiere, dass die Antipathie, die seit 1848 gegen die ungarische Nation besteht, durch eine gerechte Behandlungsweise aufhören wird; ich hoffe es, doch dafür zu garantieren getraue ich mich nicht; davon hingegen bin ich überzeugt, dass eine Fortsetzung der ungerechten Politik die Antipathie und den Hass steigern wird. Und wenn sie zu Friedenszeiten nichts zu befürchten haben, indem sie dort den Gendarmen und anderwärts den 800 000 aufgepflanzten Bajonetten vertrauen; haben sie es sich überlegt, meine Herren, dass eine Zeit kommen kann, da über die 800 000 aufgepflanzten Bajonette nicht sie verfügen werden, eine Zeit, da das Land von einem äusseren Feind angegriffen jeden Sohn des Vaterlandes benötigen wird; da — wenn sich die Rumänen des Schutzes des Vaterlandes ganz enthalten würden, dadurch möglicherweise der Ruin des Vaterlandes heraufbeschworen werden könnte.“ Anhand des Hinweises auf die realpolitischen Möglichkeiten bezüglich der Zukunft fährt Irányi — die Gültigkeit seiner Worte nunmehr ausdehnend — wie folgt fort: „Galuben sie, meine Herren weder in Kroatien jenen, die sich ausschliesslich Unionisten nennen, noch hinsichtlich Siebenbürgens den sächsischen Patriziern und den ungarischen Herrn; unterscheiden sie das Interesse der Nation von dem Klasseninteresse. Es ist schon lange genug her, dass die siebenbürgischen Rumänen den rechtlosen Supremat der sächsischen Patrizier und der ungarischen Herrn dulden; befreien sie sie von diesem, damit sie sich als gleichberechtigte Kinder des Vaterlandes fühlen können.“⁵⁶ Die extreme Linke erblickt die Lösung des Nationalitätenproblems in der Ausweitung der Freiheitsrechte. Ihre rechtsausweitende Politik wünscht sie nicht auf die Ungarn, sondern auch hinsichtlich der Nationalitäten ausdehnen. „Rufen wir in der gesamten Nationalität die Überzeugung wach, dass zwischen uns keinerlei Unterschied besteht, und die Nationalitätenfrage wird sich von selbst lösen“⁵⁷ — sagt Ignác Helfy. „Die Aussöhnung der Nationalitäten ist meines Erachtens die Grundlage einer friedlichen Entwicklung, vielleicht der Zukunft Ungarns“⁵⁸ — behauptet Irányi. Eben deshalb gefährdet das Gesetz, das die rumänische Interessenvertretung verhindern will, das zu erhalten gewünschte integrale Ungarn. Der Anspruch des ungarischen Sup-

remats und die Absicht einer Rechtsausweitung kommen miteinander gut aus. (Das ist freilich eine andere Frage, ob das historische Ungarn überhaupt aufrechterhaltbar gewesen wäre, ob der demokratische Rahmen genügt hätte dem Anspruch auf eine nationale Selbständigkeit das Gleichgewicht zu halten. Jedenfalls ist es nicht egal, wann es gelingt die demokratische Einrichtung auszugestalten, und auch das ist nicht gleichgültig, ob die Nationalitäten durch ihre Selbständigkeit etwas zu verlieren haben.) Irányi hält es vom Gesichtspunkt des integren Ungarns betrachtet nicht für gefährlich, wenn die Rumänen die ihnen rechtmässig zukommenden 20–30 Abgeordneten ins Parlament entsenden würden.⁵⁹ Auch die Abgeordneten der rumänischen Nationalität stimmen mit dem Standpunkt der extremen Linken überein. Sándor Mocsonyi weist darauf hin, dass das Gesetz den Ungarn einen künstlichen Supremat zusichern will und dies einen „freien Fortschritt“ ausschliesst.⁶⁰ Vince Babos verbindet die die Ungarn und die Nationalitäten betreffenden Beziehungen des Wahlgesetzes: „Das aufs Tapet gebrachte Gesetz ist im allgemeinen gegen das Volk gerichtet und trifft das Volk hier wie dort (nämlich das Rumänentum in Siebenbürgen und das Ungartum in Ungarn – A. G.), denn das ist die Natur der Reaktion: das Volk seines Rechtes und seines Einflusses auf die Staatsgeschäfte zu berauben; und ich bin davon überzeugt, dass es keine die Nationalitäten treffende Massnahme gibt, die gleichzeitig nicht auch das ungarische Volk treffen würde; so wie es andererseits auch keine Massnahme gibt, die das ungarische Volk trifft, und zugleich auch die Nationalitäten nicht verletzen würde. Das ist so sehr natürlich, dass man es sich anders gar nicht vorstellen kann. Geruhen sie sich es zu überlegen, wie die Dinge seit 1867 begonnen haben; die ungarischen Minderheiten wurden durch die Mehrheit der Nationalitäten eingeschüchtert und auch bei den Ungarn wurden die Gemüter gegen die Nationalitäten aufgehetzt, so dass diese gegeneinander in Aufregung gehalten werden, sich gegenseitig schwächen und sich in ihrer Entwicklung behindern. Und wer schlägt daraus einen Gewinn? Es gewinnt die Reaktion und die österreichische Politik.“⁶¹ Die als Gegensatz ausgelegte Politik der demokratisch-liberalen Progression und der konservativ-antiliberalen Reaktion schafft die Bedingungen für ein auf der Interessengemeinschaft beruhendes Auftreten. Die nunmehr gemeinsamen Forderungen wollen die demokratischen Möglichkeiten einer politischen Meinungsäusserung der Nationalitäten innerhalb des Rahmens des historischen Ungarns schaffen. Im Laufe der Wahlrechtsdebatte taucht die durch Lajos Mocsáry exponierte Frage in zugespitzter Form auf: „Es ist möglich, dass das Wahlgesetz im Laufe von langen Jahren nicht wieder revidiert wird, indem man sagen wird, dass es im Jahre 1872 sowieso verbessert wurde. Soll also so lange bis es zu dieser neuerlichen Revision kommt im Herzen unserer rumänischen Brüder dieses Unrecht einem spitzen Stachel gleich stecken bleiben? Wir müssen über die Politik Ungarns entscheiden, die es den Nationalitäten gegenüber verfolgen will. Meines Erachtens bestehen hier zwei Alternativen. Die eine: sich unter die Fittiche des österreichischen Adlers zu ziehen und hier die Präpotenz der ungarischen Rasse mit Hilfe der aufgepflanzten Gewehre

Österreichs aufrechtzuerhalten, mit den Deutschen jenseits der Leitha zu konspirieren und sich mit ihnen an der im Reich auszuübenden Gewalt in der Weise zu teilen, dass dort das Deutschtum, hier das Ungartum grassieren könne. Jene, die ein so glückliches Erinnerungsvermögen haben, dass sie sich nicht daran erinnern, wie gerade die uns gegenüber den Angriffen der Nationalitäten geschützt haben, gegen die sie gerade in dieser Beziehung den Hoffungsanker auswerfen, – sind bereit diese Art und Weise zu wählen. Die andere Alternative ist – meiner Meinung nach – in unserem Vaterland jeder Rasse, jeder Nationalität gegenüber anerkennend und gerecht zu sein, – den Wohlstand zu schaffen, die Freiheit zu untermauern, damit sich jeder Sohn des Vaterlandes gerne als dessen Bürger bekenne.⁴⁶² Mocsáry berührt die wesentlichen Zusammenhänge, indem er die im Laufe der Wahlrechtsdebatte sich ergebenden Fragen zur Alternative ordnet. Die ausschliessliche Absicht der Aufrechterhaltung des dualistischen Systems in der Regelung der Nationalitätenfrage ist selbst zum liberalen Fortschritt unfähig. Nicht allein dem ungarischen, sondern auch dem Ethnikum der Nationalitäten gegenüber bleibt ihr kein anderer Weg übrig, als die Durchsetzung der Priorität des Machtsystems. Wohl besteht ein Gegensatz zwischen dem ungarischen Supremat und den Forderungen der Nationalitäten, doch der Gegensatz zwischen der dualistischen Einrichtung und dem demokratisch-liberalen Fortschritt bedeutet einen wesentlich grösseren Konflikt.

Die sich miteinander vertragende Politik der Aufrechterhaltung des Supremats zusammen mit den demokratischen Forderungen vermag – wie dies auch erfolgt ist – eine gemeinsame Grundlage mit den Nationalitäten schaffen. Ihre Lebensfähigkeit ist für eine historische Perspektive zweifelhaft, ihr bestehen ist jedoch Tatsache. Die das Aufrechterhalten des dualistischen Systems bestätigende Suprematspolitik, die unfähig ist den Nationalitäten demokratisch-liberale Reformen zu bieten, ermöglicht keinerlei gemeinsame Grundlage; für die Nationalitäten lässt sie statt einer Kooperation lediglich die Möglichkeit des Widerstandes offen. Wir müssen also zwischen den verschiedenen Richtungen des ungarischen Nationalismus differenzieren. Die Grundlage der Unterscheidung ist das Vorhandensein beziehungsweise das Fehlen eines demokratischen Inhalts. Von seiten der Nationalitäten aus die Frage betrachtend tritt die Unterschiedlichkeit der Richtungen in der Alternative indem eine Vereinbarungsmöglichkeit bietenden Verhandlungspartners und des eine Verhandlungsgrundlage entbehrenden Feindes zutage. In historischer Perspektive verursacht die erste den Nationalitäten wenigstens ein Dilemma, indem sie für das Nationalitäten-dasein in Tausch einen demokratischen Staat anbietet; gegenüber der letzteren haben sie hingegen nichts zu verlieren, es bleibt ihnen lediglich der Weg einer nationalen Absonderung frei.

Die den Demokratismus entbehrende Abart des ungarischen Nationalismus war mit der Erhaltung des dualistischen Systems unzertrennlich verbunden. Genauer ausgedrückt gestaltete der Anspruch einer Erhaltung des dualistischen Systems um jeden Preis für sie den Demokratismus für unmöglich. Sie konnte die Stabilität ihrer politischen Macht nur in dieser

Weise sichern. „Die Regierung erachtete es für richtig das siebenbürgische Wahlgesetz in statu quo aufrechtzuerhalten; war doch durch dieses Gesetz auch bisher nicht nur die Mehrheit gesichert, sondern auch für die in dieser Wahlordnung gestürzten Minister und sonstigen rechtsorientierten Koryphäen die Wahl zum Abgeordneten in einzelnen kleineren Städten durch verschiedene Versprechen, Angsteinflössungen hinsichtlich des Entzugs der Eisenbahn- und anderer Konzessionen, um jene Mehrheit zu erreichen, ohne die es sehr schwer gewesen wäre viele solche Anträge durchzusetzen, die nicht dem Wohl des Landes, sondern vielmehr dem Nachteil dessen dienen“⁶³ – sagt Ádám Lázár.

Die von der ungarischen abweichende Beschaffenheit des siebenbürgischen Wahlgesetzes zieht paradoxerweise den gemeinsamen Angriff einiger Abgeordneten der Regierungspartei und der gesamten Opposition nach sich. Die gemeinsame Grundlage ist der Umstand, dass die Aufrechterhaltung des für die Macht vorteilhaften abweichenden Systems die Beziehungen zwischen Ungarn und Siebenbürgen schwächt, hinter die Union ein Fragezeichen setzt. Der siebenbürgische Abgeordnete der Regierungspartei rumänischer Nationalität Zsigmond Papp (er ist es, der mit 2, das sind zwei Stimmen in Naszód gewählt wurde) spricht es aus, dass „die mit Ungarn abgeschlossene Union ohne ein gleichförmiges Wahlgesetz klar darauf hinweist, dass hier bloss die Fiktion einer Union zu sehen ist“.⁶⁴ Lajos Mocsáry sagt im Zusammenhang mit der paradoxen Lage folgendes: „In Siebenbürgen ist die Rettung der ungarischen Rasse in der Union verankert: die Union veränderte vollständig das Rassen- und Präpotenzverhältnis, ohne Union gibt es keine Garantie für die ungarische Rasse in Siebenbürgen, doch wenn dieses Wahlgesetz nicht geändert wird, wäre die Union nicht vollständig; nicht genug, dass der königliche Kommissar dort ist, dass dort das österreichische Zivilgesetzbuch gilt, dass es dort noch die Traditionen des Bach-Systems gibt, und zu dem allen gilt dort ein besonderes Wahlgesetz: so lange diese bestehen, kann man die Union – meines Erachtens – nicht als vollständig, als abgeschlossen bezeichnen, und gerade diese bieten jenen den Stützpunkt, die die Union für eine nicht abgeschlossene Tatsache anzusehen wünschen.“⁶⁵ Die Regierung, die den ungarischen Supremat als einen unbedingten Wert bekannte, war gezwungen das Hauptelement ihres Nationalismus, den Anspruch einer organischen territorialen Integrität des Landes in den Hintergrund zu drängen. Auf die eigenartige politische Spannung zwischen der Wahrung der gegebenen Machtform und dem ideologischen Stützpfiler der Macht, dem unbedingten Nationalismus, weist auch der damalige Abgeordnete der Opposition, Ádám Lázár hin: „... man erachtete es für zweckdienlich all jene Umstände, die ... zur Gewährleistung der Mehrheit notwendig waren, so zu lösen, dass in Siebenbürgen alles beim alten bleibe, weil der Regierung jener Einfluss, der zur Untergrabung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes führte, nur so gesichert werden konnte. Es ist allerdings wahr, dass gemäss des Gesetzes v. J. 1848 Siebenbürgen mit Ungarn gleichberechtigt wurde, indem sämtliche Bürger Siebenbürgens ohne Unterschied hinsichtlich der Nationalität, Religion und Sprache mit jenen Ungarns in jeder Beziehung gleicherbe-

*I. Einige wichtige Charakterzüge des siebenbürgischen
Wahlsystems in territorialer Gliederung*

| Gebiet | Anzahl der Abge- ordne- ten | Anzahl der Wähler | Anzahl der auf 1 Abge- ordneten entfallenden Wähler | Anzahl der Bevöl- kerung | Anzahl der auf 1 Abgeord- neten entfal- lenden Bevölk. | Anteil der Wähler im Verhältnis zur Gesamt- bevölkerung |
|--------------------------------------|---|----------------------|---|--------------------------------|---|---|
| 18 Städte | 23 | 11 724 | 509 | 107 962 | 4 694 | 10,8% |
| 11 sächsische „szék“-en | 22 | 13 232 | 601 | 380 422 | 17 292 | 3,4% |
| 5 Szekler „szék“-en | 10 | 48 389 | 4 388 | 412 828 | 41 282 | 11,7% |
| 8 Komitate + 2 Gegenden | 20 | 36 655 | 1 832 | 1 250 439 | 62 521 | 2,9% |

*II. Betrag der auf eine Territoriale Einheit entfallenden staatlichen
direkten Steuer und der auf einen Wähler bzw. Einwohner entfallende
durchschnittliche Steuerbetrag*

| Gebiet | Betrag der staatl. direkten Steuer | Betrag der auf 1 Wähler entfallenden direkten Steuer | Betrag der auf 1 Ein- wohner entfallenden direkten Steuer |
|--------------------------------------|---------------------------------------|--|---|
| 18 Städte | 297 039 Fl | 25,3 Fl | 2,7 Fl |
| 11 sächsische „szék“-en | 1 080 450 Fl | 81,6 Fl | 2,8 Fl |
| 5 Szekler „szék“-en | 673 882 Fl | 13,9 Fl | 1,6 Fl |
| 8 Komitate + 2 Gegenden | 2 614 592 Fl | 71,3 Fl | 2,0 Fl |

*III. Verteilung der siebenbürgischen Wähler nach zusammengefassten
Rechtstiteln in territorialer Gliederung*

| Gebiet | Rechtstitel | | | | | % |
|------------------------|-------------------|-------------------|-----------------|-------------------|-------------------|-------|
| | Adel | Steuern | Herdsteuer | sonstiger | Zusammen | |
| 18 Städte . . . | 2 785 (23,7%) | 78 (0,6%) | — (0) | 8 861 (75,5%) | 11 724 (100%) | 10,6 |
| 11 sächs „szék“-en | 444 (3,3%) | 3 749 (28,3%) | 421 (3,2%) | 8 818 (65,0%) | 13 232 (100%) | 12,0 |
| 5 Szekler „szék“-en | 47 087 (97,3%) | 734 (1,5%) | 516 (1,0%) | 52 (0,1%) | 48 389 (100%) | 43,9 |
| 8 Komitate + | | | | | | |
| 2 Gegenden | 23 638 (64,4%) | 7 123 (19,4%) | 2 321 (6,3%) | 3 528 (9,6%) | 36 656 (100%) | 33,3 |
| Insgesamt | 73 999 (67,2%) | 11 684 (10,6%) | 3 258 (2,9%) | 21 059 (19,0%) | 110 000 (100%) | 100,0 |

*III. Verhältnis der siebenbürgischen Nationalitäten
in territorialer Gliederung**

| Gebiet | Nationalitäten | | | Zusammen | % |
|--------------------------------------|----------------------|--------------------|--------------------|---------------------|-------|
| | rumänisch | ungarisch | deutsch | | |
| 11 sächsische „szék“-en | 189 182 (49,5%) | 33 013 (8,6%) | 158 228 (41,5%) | 381 573 (100%) | 18,1 |
| 5 Szekler „szék“-en | 45 737 (10,9%) | 377 637 (88,3%) | 2 118 (0,4%) | 42 642 (100%) | 20,3 |
| 8 Komitate + 2 Gegenden | 1 221 721 | 841 574 | 63 943 | 1 292 512 | 61,5 |
| Sonstige | | | | 3 493 | |
| Insgesamt | 1 221 721 (57,5%) | 652 224 (31,7%) | 224 289 (10,6%) | 2 101 727 (100%) | 100,0 |

* Die Nationalitätsdaten enthält die Arbeit von Keleti gesondert nicht. Laut Aussage der Hauptsumme enthalten sie zum Teil die übrigen territorialen Einheiten.

rechtigt wurden: ja, aber dieser erhabene Grundsatz blieb bloss auf Papier, in Wirklichkeit stiess dessen Durchführung auf zahlreiche Hindernisse und Widerstände, namentlich infolge der vielen halben Massnahmen und jener starren Verfügungen, mit denen man glaubwürdig machen wollte, dass die Erhaltung der Sonderstellung Siebenbürgens im Interesse der Reaktion eine fast unaufschiebbare Notwendigkeit sei und man bestrebt war gleichsam einen sicheren Zufluchtsort zu sichern.⁶⁶ Von der Eigenart der siebenbürgischen Lage ausgehend griffen auch solche Abgeordnete der Regierungspartei kritisch auf die Gesetzesvorlage der Regierung zurück, die ansonsten die rechtseinschränkenden Verfügungen akzeptiert haben.

Das kritische Auftreten unterschiedlicher Grundstellung, Motivierung und Zweck setzten hinter das wahrlich retrograde siebenbürgische Wahlsystem von mehreren Seiten ein Fragezeichen. Prüfen wir nun die wichtigsten Missverhältnisse im Spiegel der Daten.⁶⁷

Siebenbürgen entsendet grundsätzlich 75 Abgeordnete in das ungarische Parlament. Infolgeder noch nicht überall wiederhergestellten Munizipien nahmen in Zyklus 1869/72 im Parlament nur 62 siebenbürgische Abgeordneten Platz. Die hier folgenden 4 Tabellen wollen die wichtigsten Charakteristiken des siebenbürgischen Wahlsystems darstellen. (Diesmal möchte ich nicht auf die zum Teil nach Munizipien erfolgte Einteilung der Wahlbezirke eingehen. Die diesbezüglichen Daten sowie die Wahlergebnisse vom Jahr 1869 sind im ersten Abschnitt dieser Arbeit ersichtlich.)

Bei Betrachtung der Tabellen können wir feststellen, dass die zum Teil von Deutschen bewohnten Städte und die sächsischen „szék“-en um vieles mehr Abgeordneten wählen, sowohl im Verhältnis zur Bevölkerung auch in dem der Wählerzahl, als die überwiegend von Ungarn bewohnten Szekler „szék“-en (siebenbürgischer Verwaltungsbezirk) und die zum Grossteil von Rumänen bewohnten 8 Komitate und zwei Grossteil von

Rumänen bewohnten 8 Komitate und zwei Gegenden. Eine Art der Unverhältnismässigkeit besteht also in Verhältnis zur Bevölkerung- und Wählerzahl.

Bei der Prüfung des Verhältnisses der Wähler zur gesamten Bevölkerungszahl können wir feststellen, dass die Lage der Städte und Szekler „szék“-en am günstigsten ist. Demgegenüber ist das in den sächsischen „szék“-en und in den Komitaten sowie Gegenden bestehende Verhältnis ausserordentlich niedrig. Zwei Faktoren wären zu prüfen, um die Daten richtig auslegen zu können. Der eine ist die Struktur der Wähler, der andere ist — im engen Zusammenhang mit diesem — die Verteilung der Steuer. Bei der Struktur der Wähler fällt ins Auge, dass in den Städten der Anteil der meinerseits mit dem Titel „sonstige“ bezeichneten Wähler (Geschäft, Einkommen) sehr hoch ist; bei den Szekler „szék“-en hingegen hebt sich der Rechtstitel des Adels hervor. Der hohe Vertretungsprozentsatz kann in einem Fall mit der Vermögenslage, im anderen mit dem politischen Privileg erklärt werden. Bei Betrachtung der Steuerverteilung können wir feststellen, — hinsichtlich der Streuung der Steuer stehen uns keine Angaben zur Verfügung, daher können wir in Ermangelung eines Besseren nur den Durchschnitt prüfen —, dass am reichsten die sächsischen Städte und gegenden sind. Die Vermögenslage der Stadtbevölkerung lässt eine „gleichmässiger“ Verteilung ahnen, wird doch dies durch die Höhe des auf einen Einwohner entfallenden Steuerbetrags und dem hohen Prozentsatz der Wähler im Verhältnis zur Bevölkerung sowie durch die dominante Rolle der Vermögenslage in der Wählerstruktur unterstützt. Im Falle der sächsischen „szék“-en — die Anzahl der unter dem Rechtstitel der Steuer und sonstiger Wählenden macht hier zusammen fast 95% aus — weisen der niedrige Vertretungsanteil und die hohe Steuersumme, sowie daraus folgend die auf einen Wähler entfallende ausserordentlich hohe Steuer darauf hin, dass es sich hier um eine hochgradige Vermögenspolarisierung handelt. Ähnlich verhält es sich auch in den Komitaten und Gegenden, hier aber mit dem Vorbehalt, dass man — nachdem der Anteil der unter dem Rechtstitel des Adels Wählenden sehr hoch ist — in erster Linie hinsichtlich der unter dem Rechtstitel der Steuer und sonstigem Wahlberechtigten von einer Vermögenspolarisierung sprechen kann. (Hier ist freilich auch die Möglichkeit nicht auszuschliessen, dass die unter dem Rechtstitel des Adels Eingetragenen — ähnlich wie in Ungarn — zum Teil auch aufgrund der Steuer wahlberechtigt wären.) Wenn wir auch die Nationalitätsverteilung berücksichtigen, können wir feststellen, dass die Rumänen in den Komitaten und Gegenden in absoluter, in den sächsischen „szék“-en in relativer (fast absoluter) Mehrheit leben. Der niedrige Vertretungsanteil im Verhältnis zur Anzahl der Bevölkerung ist hier am augenfälligsten; gleichfalls hier sind die Zusammenhänge, die auf eine Vermögenspolarisation hinweisen, am kräftigsten; und in den Komitaten und Gegenden ist auch die Verhältniszahl des Rechtstitels des Adels hoch. Dies alles zusammen weist darauf hin, dass das Rumänentum sowohl hinsichtlich der Vertretung als auch der Vermögenslage am ärgsten in den Hintergrund gedrängt beziehungsweise rückständig ist. Die Missverhältnisse des Wahlsys-

tems stellen Widersprüche dar, und diese treten mit einer aufeinander gehäuften Kraft in Erscheinung. Die mit der Bevölkerungszahl und der Wählerzahl in Verhältnis gestellten Daten bedeuten für die Ungarn und Rumänen ein Unrecht. Im Falle der Ungarn trachtet die in das Wahlsystem eingebaute feudale Rechtsordnung dem das Gleichgewicht zu halten, so aber fühlen sich die übrigen Gebiete benachteiligt. Die Vermögenspolarisation stellt in den sächsischen Gebieten eine Hegemonie des reichen sächsischen Bürgertums, zugleich aber auch die Ausschlössung der Rumänen dar; mit ihrer „Überrepräsentation“ rufen sie auch den Widerstand der Ungarn hervor. Die Missverhältnisse der Bevölkerung und Seelenzahl, die stark feudalen Charakteristiken der Struktur (von deren Vorteilen die Rumänen, als „nicht rezipierte“ Nation ebenfalls ausgeschlossen sind), das Moment bürgerlichen Charakters der Vermögenspolarisation treten nicht als einander das Gleichgewicht haltende Kräfte, sondern einander verstärkend als Unrechtssystem der Nationalitäten in Erscheinung. Die eindeutig geschädigten sind die Rumänen. Für die Ungarn ist dieses System einerseits vorteilhaft, andererseits trifft es sie auch. Die Sachsen sind in der günstigsten Lage, doch befinden sie sich — gerade infolge der ungleichen beziehungsweise in den Hintergrund gedrängten Lage der übrigen — in einer ständigen Konfliktsituation. Für sie ist die stabilisierende, unterstützende Kraft der zentralen Macht das Wichtigste. Die Lage der Ungarn lässt je nach ihrer territorialen Position Regierungstreue beziehungsweise Ambivalenz ahnen. (Übrigens bestätigen dies auch die Wahlen der dualistischen Ära.) In den Komitaten und Gegenden, wo ihnen der Rechtstitel des Adels und die Grundbesitzverhältnisse eine herrschende gesellschaftliche und politische Position sichern, dominiert — eben gegenüber dem rumänischen Druck — die Regierungsparteilichkeit. Im Falle des Szeklerlandes ist die Ambivalenz kennzeichnend. Ein wichtiges Element ihrer Loyalität gegenüber dem Regime ist das Bewusstsein ihrer Privilegisiertheit, ein entfernender Faktor hingegen ihre wirtschaftliche Rückständigkeit, ihre Armut, — die anhand des Steuerbetrags gut veranschaulicht werden kann (sie sind die ersten Auswanderer!). Für sie ist die Situation die eigentümlichste, indem sie trotz ihrer Armut an der politischen Willensäußerung teilnehmen können, zugleich sich jedoch im Verhältnis zu ihrer Seelenzahl in nachteiliger Lage fühlen müssen. Die Konstellation weist auch darauf hin, dass auch der politischen Beeinflussung ein breiter Raum geboten ist. Für die Rumänen ist das politische Verhalten mindestens so eindeutig — allerdings mit einem gegensätzlichen Vorzeichen — wie für die Sachsen; für sie bleibt lediglich die Opposition dem gegebenen Regime gegenüber übrig.

Die stark feudalen Charakteristiken der Wahlstruktur und der hohe Zensus verursachen besonders schwierige Probleme. In Siebenbürgen bedeutet der Zensus von 8 Gulden Kreuzer, — nachdem der Kalkulationsschlüssel 10% beträgt, — dass Wahlrecht an ein Reinkommen von 84 Gulden gebunden ist. Dies aber heisst, dass jener, der Wähler sein will, über einen Bodensitz von 30–35 Joch verfügen muss. In Siebenbürgen ist nämlich der durchschnittliche Reinertrag des Ackerlandes 2 Fl. 22 kr, jener der

Wiesen 3 Fl 37 kr. So haben wir den Wert von 30–35 Joch errechnet. Während in Ungarn der auf einen Kopf errechnete Reinertrag des Ackerbodens 9 Fl. 37 kr, beträgt, ist dieser in Siebenbürgen 5 Fl. 34 kr. Der Zensus steht demnach im umgekehrten Verhältnis zur Rentabilität des Ackerbodens, was auch der Umstand beweist, dass während in Ungarn ein Viertelgrund zwischen 7,5 und 15 Joch schwankt (die Schwankung des Reinertrags beträgt nach einzelnen Berechnungen 12 bis 61 Fl., nach anderen 13 Fl. 55 kr bis 53 Fl.), kann sich in Siebenbürgen auch eine solche Situation ergeben, dass die im allgemeinen gültigen 30–35 Joch im gegebenen Fall bis auf 72 Joch steigen. In Siebenbürgen ist zur Wahlberechtigung verhältnismässig ein viel höherer Ertrag und viel mehr Boden erforderlich als in Ungarn.⁶⁸ Der Wert der benötigten 30–35 Joch bewegt sich um 1500 Gulden. In den Städten genügt eine Liegenschaft im Werte von 300 Gulden um das Recht ausüben zu können. Das trifft die Wähler der Provinz. Hinsichtlich der Bodenbesitzverhältnisse können wir feststellen, dass die gemeinsame Wirkung der rechtserhaltenden Kraft der feudalen Privilegien und des hohen Zensus besonders stark ist. Von den bebauten 3 782 969 Joch in Siebenbürgen befinden sich im Besitz von über 70 000 Menschen, die ihr Recht aufgrund des Geburtsprivilegs ausüben, 869 395 Joch. Die 173 281 befreiten Leibeigenen verfügen über 2 144 577 Joch. (Die übrigen sind im Besitz der sächsischen „szék“-en, der 18 Städte, von Naszód und der Kammer.) Infolge der Höhe des Zensus besitzen von diesen nur etwa 11 000 das Wahlrecht, obwohl sie zusammen mehr als 1 275 182 Joch besitzen. Etwas mehr als 1/4 des bebauten Bodens ist in den Händen jener Schichte, die siebenmal so viele Stimmen abgibt wie die auf der Steuergrundlage Wählenden, und fünfmal so viel wie die gesamte Bevölkerung zusammen. Dies alles ist ein Beweis dessen, dass – vor allem wegen der Szekler – das Wahlrecht auch den Gegensatz zwischen einer zum Teil verarmten Adelsschichte und der wegen des hohen Zensus ausgeschlossenen Schichte der Kleingrundbesitzer in sich trägt.

Auch von konservativer Grundlage ausgehend ergibt sich der Anspruch auf eine Liquidierung der so entstehenden Anomalien. Während nämlich in den Komitatsausschüssen wegen des Virilistensystems der Einfluss der Höchstbesteuerten gewährleistet wurde, ist bei den Parlamentswahlen in vielen Fällen der politische Einfluss der besitzlosen Adeligen am grössten (Infolge ihrer Lage können sie auch am leichtesten beeinflusst werden!) Wenn der Zensus gerechter – den Verhältnissen in Ungarn angepasst – angewendet werden würde, geführt einige Berechnungen gemäss noch ungefähr 50 000 Bürgern das Stimmrecht, überwiegend solchen rumänischer Nationalität. Für die im Rahmen der Zensuslösung Denkenden erscheint der gangbarste Weg, wenn alle Wähler werden, die 10 Joch Boden besitzen, für die der Gutsherr die Entschädigung auch entrichtet hat. Für die Anhänger des allgemeinen Wahlrechts sind freilich die komplizierten, auf den gelegentlich des Landtags von Klausenburg vom Jahre 1846 angeordneten, aber niemals inkraftgesetzten Urbarialverfügungen beruhenden Berechnungen uninteressant: ihr Antrag begünstigt in erster Linie die rumänische Mehrheit.

Wir haben die Analyse der eigenartigen Widersprüche des siebenbürgischen Wahlsystems bei weitem nicht erschöpft. Wir liessen z. B. kein Wort über das „indirekte“ Wahlsystem nach „Herden“ fallen, das im ganzen Land allein hier besteht. Infolge seines niedrigen Anteils können wir aber davon absehen. Auch die ungleiche, zum Teil auf Wahlbezirken, zum Teil auf Munizipien beruhende Einteilung wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Diese sind vielleicht die Züge von geringer Bedeutung. Die wichtigeren Zusammenhänge sind jedoch klar. Die Regierung vermochte die Garantie ihrer Mehrheit nur so zu sichern, dass sie die politischen, gesellschaftlichen Spannungen Siebenbürgens aufeinander häufte und sie in ihrer gemeinsamen Wirkung verstärkte. Sie wahrte die Überreste des Feudalismus, vertiefte die Nationalitätskonflikte, verhinderte den Ausbau einer politischen Interessenvertretung bürgerlichen Charakters — zwecks Aufrechterhaltung des Dualismus.

ANMERKUNGEN

¹ Das beweist eine Anzahl zeitgenössischer Flugschriften: *A magyar nemzet jelene s jövője* (Gegenwart und Zukunft der ungarischen Nation), Pest 1869; *Magyarország európai hivatása és Deák Ferenc* (Die europäische Berufung Ungarns und Ferenc Deák), Pest 1869; *Blind, K.*: *Kossuth és az orosz fondorlatok* (Kossuth und die russischen Intrigen), Pest 1868; *Az ellenzék vívmányai Budán* (Die Errungenschaften der Opposition in Buda), 1869; *Kákay, A.* (*Kecskeméthy, A.*) *politikai-társadalmi tragico-humoristicus krónikája* (Politisch-gesellschaftliche tragiko-humoristische Chronik), Pest 1869; *Corvin (Toldy, I.)*: *Vissza van-e állítva negyvennyolc? (Ist Achtundvierzig wiederhergestellt?)*, Pest 1869; *der gleiche*: *A választások előtt* (Vor den Wahlen), Pest 1868; *X. Y.*: *Baloldal és szabadelvűség* (Die Linke und der Liberalismus), Pest 1868; *Boross, M.*: *Politikai kiskátó* (Politischer Kleiner Katechismus), Székesfehérvár 1869; *Párbeszéd, melyet a haza dolgairól az értelmesebb Miklós bátya folytatott Antal öccsével. Közzéteszi egy valódi népbárát* (Dialog, den über die Dinge des Vaterlandes der vernünftiger Bruder Miklós mit seinem jüngeren Bruder Antal geführt hat. Mitgeteilt von einem wirklichen Volksfreund), Szeged 1869.

² *Deák Ferenc beszédei* (Reden von Ferenc Deák), Gesammelt von M. Kónyi, Bp. 1903, Bd. VI, S. 159 — 164; *Gróf Andrássy Gyula beszédei* (Reden des Grafen Gyula Andrássy), Herausg.: Lederer, B.: Bp. 1893, Bd. II; in Bearbeitung von *Wertheimer de Monor, E.*: *Gróf Andrássy Gyula élete és kora* (Leben und Zeit des Grafen Gyula Andrássy), Bp. 1910, Bd. I, S. 584 (im folgenden Lederer bzw. Wertheimer).

³ Die Kooperationsabsicht bringt zum Ausdruck z. B. Skorpio (Csávolszky, L.) *röpirata a választókhoz* (Flugschrift an die Wähler), Pest 1869. Von seiten der linken Mitte weist sie zurück: *Réthy, L.*: *Komoly szózat a választókhoz. Függetlenül: Észrevételek Skorpio röpiratára* (Ein ernster Mahnruf an die Wähler. Als Anhang: Bemerkungen zur Flugschrift Skorpios), Pest 1869. Siehe auch: Dobsa, L.: *balpárti követjelölt politikai hitvallása* (Politisches Glaubensbekenntnis des Abgeordneten kandidats der Linken L. Dobsa), Szeged 1869; *Ballagi, M.*: *A baloldal ez idő szerinti feladatairól* (Über die derzeitigen Aufgaben der Linken), Pest 1869.

⁴ Ein charakteristisches Beispiel hierfür ist *Helfy, I.*: „A magyar magyar“ cimmel megjelent politikai és társadalmi szemléje („Der Ungar ist Ungar“ politische und gesellschaftliche Rundschau), Milano — Pest 1869 — 1870.

⁵ *Kemény, G. G.*: *Iratok a nemzeti kérdés történetéhez Magyarországon a dualizmus korában* (Schriften zur Geschichte der Nationalitätenfrage in Ungarn zur Zeit des Dualismus), Bp. 1952, Bd. I, 1867 — 1892, S. 180 — 181. Über die Auslegung der Ursachen der Passivität *Kemény, G. G.*: *A magyar nemzetiségi kérdés története I. rész* (Geschichte der Nationalitätenfrage in Ungarn I. Teil), Bp. 1945. *Jordáky, L.*: *A román nemzeti párt megalakulása* (Konstitution der rumänischen Nationalpartei), Bp. 1974.

- ⁶ Über den Charakter der 48er Gesetze: A negyvennyolcas forradalom kérdései (Fragen der Revolution vom Jahre 1848), Bp. 1976.
- ⁷ Országos Levéltár Belügyminisztériumi Rezervált anyag, (Staatsarchiv, Reservates Material des Innenministeriums), 1869. fond. II. Nr. 10–542; Az 1869–72-es országgyűlés képviselőházának irományai (Schriften des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Jahre 1869–72) I. K. Nr. 42. Beilage. (Im folgenden: 69/72 Ir.)
- ⁸ Horváth, R.: A magyarországi választások a statisztika tükrében (Die ungarländischen Wahlen im Spiegel der Statistik), Állam és igazgatás 1953, Nr. 7–8, S. 367–380 (im folgenden Horváth, R.).
- ⁹ Grundlage der Zusammenstellung der Tabelle: Az 1869-ik évi magyar országgyűlési választások eszközzésére összeírt választóknak statisztikai kimutatása (Statistischer Ausweis der zur Durchführung der ungarischen Parlamentsabgeordnetenwahlen vom Jahre 1869 konskribierten Wähler), Pest 1869.
- ¹⁰ Keleti, K.: Hazánk és népe (Unser Vaterland und sein Volk), Pest 1871, S. 429–440.
- ¹¹ Békésy, K.: A választási rendszerről (Über das Wahlsystem), Kolozsvár 1896, S. 7–8 (im folgenden: Békésy).
- ¹² Lederer Bd. II, S. 12; Wertheimer Bd. I, S. 584. Zur Feststellung der Daten verwendete ich noch: Az 1869/72-es országgyűlés képviselőháza tagjainak név- és lakjegyzéke (Namens und Wohnverzeichnis der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Jahre 1869/72). Zusammengestellt und herausg. Bojthor, E. I. Auflage Pest 1869; *Mudarász, J.*: Emlékirataim (Meine Memoiren) 1831–1881, Bp. 1883, S. 400; *Tóth, A.*: Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn 1848–1893. München 1873.
- ¹³ Az 1869–1872. évi országgyűlés képviselőházának naplója (Journal des Abgeordnetenhauses des Reichstags der Jahre 1869–1878) Bd. 22, S. 18 (im folgenden 69/72 KN). Die Angaben von Imre Ivánka s. 69/72 KN Bd. 22, S. 70. Das von Mór Jókai redigierte Blatt der linken Mitte „Hon“ veröffentlicht in seiner Folge vom 22. April 1869 detaillierte Angaben.
- ¹⁴ Békésy, S. 18. Seine inhaltlichen Behauptungen werden durch die Daten widerlegt.
- ¹⁵ Jókai, M.: A baloldal az igazi reformpárt (Die Linke ist die richtige Reformpartei), Pest 1872.
- ¹⁶ Schwarz, Gy.: Magyarország helyzete a realunióban (Die Lage Ungarns in der Realunion), Pest 1870, S. 74–75 (im weiteren: Schwarz: Realunió).
- ¹⁷ Békésy, S. 7–8. Das Wahlsystem beruht auf dem Majoritätsprinzip. So kam sich vereint mit dem Missverhältnis der Wahlkreise zufälligerweise eine Situation ergeben, in der die Minorität mehr Abgeordnete wählt. Dies widerspiegelt sich in den Wahlen von Pest und Mittel-Szolnok. (Zitiert: *Szivad, I.*: Országgyűlési képviselőválasztási kódex (Kodex der Abgeordnetenwahl des Parlaments), Bp. 1901, S. 1035–1036.
- ¹⁸ Zsuppán, F. T.: A régi önkormányzat újjászervezése (Neuorganisation der alten Autonomie 1871/72) Századok 1980/2. Jg. 114, S. 260–280.
- ¹⁹ 69/72. Ir. Bd. XI, Nr. 1113. Ich will den aus vier Teilen bestehenden Gesetzesantrag in seinen Einzelheiten besprechen, sondern nur jene Elemente, denen in der Debatte eine grosse Rolle zukam.
- ²⁰ 69/72. Ir. Bd. XI, Nr. 1113, S. 148.
- ²¹ 69/72. Ir. Bd. XI, Nr. 1113, S. 148.
- ²² 69/72. Ir. Bd. XI, Nr. 1113, S. 149.
- ²³ Bericht des Referenten der Zentralkommission Graf Gyula Szapáry 69/72. KN. Bd. 21, S. 210. Der konservativ gesinnte Abgeordnete János Paczolay drängt auf eine Erhöhung des Zensus (69/72. KN. Bd. 22, S. 47). Ähnlichen Geistes ist auch die Flugschrift „Szent István népe a sedáni úton“ (Das Volk des Heiligen Stefans auf dem Weg nach Sedan), 1871. Seine Ausläufer sind in *Asbóth, J.*: Magyar conservativ politika (Ungarische konservative Politik), Bp. 1875 vorzufinden.
- ²⁴ 69/72. KN. Bd. 21, S. 220.
- ²⁵ 69/72. KN. Bd. 21, S. 213. Die Meinung von Kálmán Ghyezy s. S. 338.
- ²⁶ 69/72. KN. Bd. 21, S. 264.
- ²⁷ 69/72. KN. Bd. 21, S. 214.
- ²⁸ 69/72. KN. Bd. 21, S. 241.
- ²⁹ 69/72. KN. Bd. 21, S. 295–296.
- ³⁰ Siehe hierüber die Ansichten von József Szomjas (69/72. KN. Bd. 22, S. 16); Lajos Deáky (69/72. KN. Bd. 22, S. 85) und Kálmán Ghyezy (69/72. KN. Bd. 21, S. 338).

- ³¹ 69/72. KN. Bd. 22, S. 46.
- ³² Kovács, A.: A magyar választójogi reformok számszerű hatása (Ziffernmässige Auswirkung der Reform des ungarischen Wahlrechts), Bp. 1925. S. 4; Die Angaben anderer Autoren bekräftigen gleiche Tendenz. Róbert Horváth 379; Ruszkai, M.: Az 1945 előtti magyar választások a statisztikában (Die ungarischen Wahlen vor 1945 in der Statistik). In: Történelmi statisztikai közlemények 1959/1–2, S. 16 (im weiteren: Ruszkai).
- ³³ 69/72. KN. Bd. 21, S. 215.
- ³⁴ 69/72. KN. Bd. 21, S. 358–359.
- ³⁵ 69/72. KN. Bd. 21, S. 273.
- ³⁶ 69/72. KN. Bd. S. 273.
- ³⁷ 69/72. Ir. Nr. 1369, S. 368. Den Antrag haben auch zahlreiche Abgeordnete der Nationalitäten unterzeichnet.
- ³⁸ 69/72. KN. Bd. 21, S. 225. Ähnliche Ansichten entwickeln Sándor Csanády (69/72. KN. Bd. 21, S. 292–293); János Kiss (69/72. KN. Bd. 22, S. 10); Sándor Körmendy (69/72. KN. Bd. 21, S. 249); Sándor Csiky (69/72. Bd. 21, S. 244–245); József Madarász (69/72. KN. Bd. 22, S. 53); István Pavlovits (69/72. KN. Bd. 22, S. 31–32).
- ³⁹ 69/72. KN. Bd. 21, S. 277–278.
- ⁴⁰ 69/72. KN. Bd. 21, S. 359–361.
- ⁴¹ 69/72. KN. Bd. 22, S. 26.
- ⁴² 69/72. KN. Bd. 22, S. 41, 46.
- ⁴³ Siehe hierüber die Meinung z. B. von Ödön Kállai (69/72. KN. Bd. 21, S. 239); János Vajda (69/72. KN. Bd. 21, S. 373); Ignác Helfy (69/72. KN. Bd. 22, S. 21–22).
- ⁴⁴ 69/72. KN. Bd. 21, S. 372.
- ⁴⁵ 69/72. KN. Bd. 22, S. 1223–125. — Zitat von Justus Möser: Die Mäuse können es besser beurteilen was ihnen gut sei als die Katzen.
- ⁴⁶ 69/72. KN. Bd. 22, S. 122–123.
- ⁴⁷ 69/72. KN. Bd. 22, S. 25.
- ⁴⁸ 69/72. KN. Bd. 21, S. 239.
- ⁴⁹ 69/72. KN. Bd. 21, S. 227.
- ⁵⁰ 69/72. KN. Bd. 21, S. 226.
- ⁵¹ 69/72. KN. Bd. 21, S. 334–335.
- ⁵² 69/72. KN. Bd. 21, S. 335.
- ⁵³ Stellungnahme von Ernő Simonyi für das Zurückberufungsrecht: 69/72. KN. Bd. 22, S. 81.
- ⁵⁴ Ruszkai stellt in seiner Studie (S. 31–32) die diesbezüglichen Angaben in eingehender Gliederung dar.
- ⁵⁵ 69/72. KN. Bd. 21, S. 362.
- ⁵⁶ 69/72. KN. Bd. 21, S. 131.
- ⁵⁷ 69/72. KN. Bd. 22, S. 24.
- ⁵⁸ 69/72. KN. Bd. 21, S. 229.
- ⁵⁹ Auch Pál Mórész, Abgeordneter den linken Mitte äussert sich in ähnlichem Sinn. Er ist der Meinung, dass sich der ungarische Supremat selbst im Falle einer Auflösung des Reichs durchsetzen wird (69/72. KN. Bd. 22, S. 38–39).
- ⁶⁰ 69/72. KN. Bd. 21, S. 283.
- ⁶¹ 69/72. KN. Bd. 22, S. 83.
- ⁶² 69/72. KN. Bd. 21, S. 267.
- ⁶³ 69/72. KN. Bd. 21, S. 353. Ähnlich äussert sich auch Irányi (69/72. KN. Bd. 21, S. 229).
- ⁶⁴ 69/72. KN. Bd. 21, S. 233–234.
- ⁶⁵ 69/72. KN. Bd. 21, S. 267.
- ⁶⁶ 69/72. KN. Bd. 21, S. 352.
- ⁶⁷ Die Daten und Folgerungen stammen von den Diskussionsbeiträgen von Zsigmond Papp (69/72. KN. Bd. 21, S. 234–236), Sándor Mocsonyi (69/72. KN. Bd. 21, S. 280–282), Dr. Gábor Kemény (69/72. KN. Bd. 21, S. 256–258), Lajos Mocsáry (69/72. KN. Bd. 21, S. 285), Ádám Lázár (69/72. KN. Bd. 21, S. 253–254), bzw. aus der Arbeit von Károly Keleti: Hazánk és népe (Unser Vaterland und sein Volk), Pest 1871, zum Teil beruhen sie auf meinen eigenen Berechnungen. Siehe auch: Szathmáry, Gy.: Az erdélyi részek népességei közművelődési, politikai és közgazdasági szempontból (Die Völker der siebenbürgischen Teile vom kulturellen, politischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus). In: Szathmáry, Gy.: Tanulmányok (Studien), Band I, Bp. 1887, S. 164–267.

⁶⁸ Hierüber spricht auch Schwarz:

„Wie es ein siebenbürgischer Abgeordneter, József Hosszu, nachgewiesen hat (s. „Schriften“ des Reichsrats 1865/68, Nr. 365), besteht der Unterschied zwischen dem siebenbürgischen und ungarländischen Wahlzensus darin, dass während ein ungarländischer Nichtadeliger Viertelgrundbesitzer im Sinne des G. A. 5 vom J. 1836 und des G. A. 8 v. J. 1847/48 in den Komitaten Trencsén, Hont, Pozsony, Sopron, Zala, Thuróc und Vas mit einem Bodenbesitz von 7 1/2 Katastraljoch, in Bars, Liptó, Nyitra, Pest und Zólyom mit einem solchen von 8 Katastraljoch, in Abauj, Esztergom, Győr, Komárom, Sáros, Ugocsa mit einem von 8 1/2 Katastraljoch, in Moson, Nógrád, Veszprém, Zemplén mit 9 Katastraljoch, in Baranya, Fehér, Somogy, Ung mit 9 1/2, in Mármaros mit 10 1/2, in Arad Bihar, Borsod, Gömör, Torna, Krassó, Torontál, Temes, Heves, Szabolcs, Szatmár mit 11, in Árva mit 12, in Csanád mit 14 1/2, in Bács, Csongrád und Békés mit 15 Katastraljoch wählt, muss in Siebenbürgen einer 38–40 Joch besitzen, um sein Fecht ausüben zu können. Das Ergebnis dessen ist, dass es Fälle gibt, wo 120 adelige Familien mit einem Bodenbesitz von 100 Joch mit 145 Stimmen zur Abgeordnetenwahl beitragen, wogegen 72 nichtadelige Familien mit einem Besitz von 2200 Joch nur 8 Wähler stellen kann; die bedauerliche Folge dessen ist, dass das Volk in den Komitaten, Provinzen und in den Szekler „szék“-en, durch die Stimme der Adeligen, in den sächsischen „szék“-en hingegen durch die bürgerlichen Wähler — die mit einem Hausbesitz im Werte von 300 Gulden bereits wahlberechtigt sind — seines Wahlrechts beraubt wird.“ (Schwarz: Reálunió S. 75.)